

# IG-MILCH *POST*



Das Mitgliedermagazin der IG-MILCH  
überparteilich und unabhängig

Ausgabe 84 | November 2024

Österreichische Post AG | SM 08Z037827 S  
IG-Milch, Amesschlag 30, 4190 Bad Leonfelden

# JUBILÄUM



Kaum zu glauben, dass die Gründungsversammlung der IG-Milch bereits 2004 stattfand – das ist jetzt 20 Jahre her! In dieser Zeit haben wir viele Höhen und Tiefen erlebt, versteckte Talente zu Tage gefördert und lebenslange Freundschaften geschlossen. Wir haben uns persönlich weiterentwickelt und unseren Horizont erweitert, mussten aber auch Enttäuschungen hinnehmen.

**Was ist dein Highlight (positiv wie negativ) dieser beinahe 21 Jahre?**

Denk darüber nach und komm zur Jahreshauptversammlung am 7.12.2024, um uns davon zu erzählen. **Wir freuen uns auf dich!**



# Offen gesprachen

## Geschätzte Bäuerinnen und Bauern!

Ich habe ja 2013 die Obmannschaft wieder übernommen. Dort hätte ich nie gedacht, dass ich elf Jahre später ein „Offen gesprochen“ für unsere IG-MilchPost schreiben werde. Aber es ist Realität, auch wenn ich mich schwer tu, das zu glauben. Im Frühjahr und teilweise im Sommer habe ich extrem viel Material der letzten 20 Jahre gesichtet, (aus) sortiert, fotografiert, dokumentiert, gescannt und zumindest schlampig überlesen. Als Grundlage für das Buch über die IG-Milch und mein Leben damit. Deswegen bin ich sehr „drinnen“ in der zwei Jahrzehnte dauernden Geschichte unseres Vereines. Und weiß daher nur zu gut, was da Enormes geleistet worden ist. Wir waren und sind keine Ankündigungsorganisation oder virtueller Stammtisch und auch kein Diskutierclub auf WhatsApp oder in den asozialen Medien. Vieles ist gelungen, einiges nicht. Aber ich kenne keine vergleichbare Organisation, die Projekte wie A faire Milch oder Freie Milch Austria (auch nur annähernd) angegangen wäre. Wir alle haben uns nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil, wir können stolz auf die IG-Milch sein! Und deswegen würde ich mich freuen, wenn ihr zahlreich zur Jahreshauptversammlung am 7.12.2024 kommen würdet. Blicken wir gemeinsam zurück und teilen wir die erlebten Höhen und Tiefen der letzten 20 Jahre.

## Bundeswettbewerbsbehörde und Fairnessbüro

Bei beiden Organisationen gab es Akteneingaben und Gespräche in Sachen Strafzahlungen der Berglandmilch-

### Inhaltsverzeichnis

Einladung Jahreshauptversammlung .....	3
Flutkatastrophe und Renaturierung .....	4 – 6
Vielbeachtete Rede Von der Leyen .....	8 – 12
Fairer Milchpreis .....	14 – 15
Burnout und Überlastung .....	18
Positivbeispiel Sri Lanka .....	20

**IMPRESSUM:** Medieninhaber, Verleger und Herausgeber: IG-Milch, Ewald Grünzweil, Ameschlag 30, 4190 Bad Leonfelden. Layout & Druck: Druckerei Bad Leonfelden GmbH, Fotos: IG-Milch. Die „IG-MilchPost“ ist das Informationsblatt für die Mitglieder des Vereines Österreichischer Grünland- und Rinderbauern. Sie versteht sich als unabhängig und überparteilich. Bankverbindung: Sparkasse Mühlviertel West, IBAN: AT722033402600010488, BIC: SMWRAT21

Lieferanten und auch wegen der erpresserischen Auflagen beim AMA-Projekt Tierwohl+. Bei beiden Organisationen geht nichts in die richtige Richtung weiter. Deswegen werden wir eine Anfrage (Thema unfaire Handelspraktiken in der österreichischen Milchwirtschaft) an die EU-Kommission stellen.

Viele Reaktionen gab es auf die letzte IG-MilchPost und das von mir gegebene, vielbeachtete Interview im Standard. Vom Vorarlberger Tierarzt bis zu einem Interview im Magazin Gaumen Hoch ([https://gaumenhoch.at/wissen/milchbauer-grunzweil-interview/?utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=20241017](https://gaumenhoch.at/wissen/milchbauer-grunzweil-interview/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=20241017)) und mehr reichten die Rückmeldungen. Da uns in dieser Ausgabe schon der Platz fehlt, werden wir in der nächsten darüber berichten.

## Erfreuliche Nachrichten aus Deutschland

Dort wurde ein Drei-Parteien-Vertrag (zwischen Milcherzeugern, Molkerei und Lebensmitteleinzelhandel Penny) mit fairem Milchpreis geschlossen. Das Bahnbrechende am aktuellen Vertragsabschluss: Die Milchviehalter:innen haben als Datenbasis für die Preisgestaltung und -anpassung die Milchproduktionskostenerhebung des Büros für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL) durchgesetzt, die im Auftrag der MEG Milch Board vierteljährlich aktualisiert wird. Mit diesem Vertrag würde die Kalkulationsrichtung endlich umgedreht, weg von der Richtung LEH über die Molkerei zum Restgeldempfänger Bäuerin oder Bauer, hin zur **richtigen Route, die da lautet: Produktionskosten der Bäuerinnen oder Bauern – Molkerei – LEH**. Dann wären wir bei der, oft von mir geforderten, **Schubumkehr**. Gratulation an Elmar Hannen, Milchbauer am Niederrhein und Vorstandsmitglied des EMB (European Milk Board), der maßgeblich an der Vorbereitung dieses kooperativen Ansatzes beteiligt war. Wir halten die Daumen, damit dieses Projekt **wegweisend für Europa** wird!

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und freue mich auf euch! Ihr kommt ja sicher zur Jahreshauptversammlung. Bis dahin bleibt gesund und uns gewogen.

*Grünzweil Ewald*

Einladung zur

# Jahreshauptversammlung der IG-Milch

WIR FREUEN UNS

7

DEZEMBER

2024

10.00 bis  
14.00 Uhr



(Verein der österreichischen  
Grünland- und Rinderbauern)

4407 STEYR/DIETACHDORF

IM LANDGASTHOF

„WIRT IM FELD“

ENNSER STRASSE 99,

TEL. 07252 38222

## Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Totengedenken
3. Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung
4. Tätigkeitsbericht des Obmannes, Rückblick auf 20 Jahre IG-Milch
5. Bericht des Kassiers
6. Bericht der Rechnungsprüfer
7. Entlastung des Vorstandes
8. Offene Runde über die letzten 20 Jahre
9. Allfälliges



# Flutkatastrophe schreitet förmlich nach Renaturierung



Foto: Eddie Cloud – stock.adobe.com

Renaturierung kann eine entscheidende Rolle im Hochwasserschutz spielen, indem sie Flüssen mehr Raum zur Ausbreitung gibt und natürliche Rückhalteflächen schafft, die Wasser aufnehmen können. In Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse ist dies besonders wichtig, da intensivere Regenfälle immer häufiger auftreten.

Renaturierte Flüsse haben mehr natürliche Überflutungsflächen, die das Wasser langsamer abführen und damit Hochwasserspitzen reduzieren. Der Wienfluss ist jedoch stark reguliert und kanalisiert, was bei starkem Regen zu schnellen Wasseranstiegen führt. Renaturierung könnte hier helfen, indem sie dem Fluss mehr Raum zur Ausbreitung bietet und Überschwemmungen abmildert. Der Wienfluss dient als Beispiel, um die Notwendigkeit einer umweltfreundlicheren Flusspolitik zu diskutieren. Laut Experten wie Thomas Hein von der Universität für Bodenkultur (BOKU) in Wien ist eine Kombination aus technischen (z. B. Dämme) und natürlichen Maßnahmen nötig, um Hochwasserereignisse zu bewältigen.

## Schaffen von natürlichem Raum für Wasser

Ein zentraler Aspekt der Renaturierung ist die Schaffung von Retentionsflächen, in denen sich Wasser bei

Hochwasser ansammeln kann. Diese Flächen bieten nicht nur Schutz vor Überschwemmungen, sondern tragen auch zum Klimaschutz bei. Die Renaturierung ermöglicht es Flüssen sich auszudehnen, indem Schleifen oder Verzweigungen zugelassen werden, die gleichzeitig neue Ökosysteme schaffen. Dadurch steht bei Hochwasser eine größere Fläche zur Verfügung, um Wasser aufzunehmen, was die Flutgefahr deutlich reduziert. Beispiele für erfolgreiche Renaturierungsprojekte in Österreich sind der Liesingbach (das Wasser fließt hier langsamer) in Wien und ein renaturierter Donauarm in Niederösterreich. Diese Projekte zeigen, dass die Renaturierung nicht nur ökologisch wertvoll ist, sondern auch zur Hochwassersicherheit beiträgt.

## Bodenversiegelung nicht nur endlich stoppen, sondern entsiegeln

Allerdings gibt es auch Herausforderungen, insbesondere durch die fortschreitende Bodenversiegelung. In Ös-

terreich werden täglich rund 100.000 Quadratmeter Boden versiegelt, was die natürliche Wasserspeicherung erschwert. Asphaltierte Flächen können das Wasser nicht speichern und leiten es nur über Abflussrohre ab, was bei extremen Niederschlägen schnell zu Überlastungen führt.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen Hochwasser ist das neue EU-Renaturierungsgesetz, das Österreich im Juni 2024 trotz Widerstand der ÖVP und des Bauernbunds unterstützt hat. Während der Bauernbund gegen verbindliche Renaturierungsregeln auf EU-Ebene argumentierte, fanden diese unter Forschern breite Unterstützung. Sie sehen in den gesetzlichen Vorgaben eine Chance, klare Zielsetzungen zu haben, die Renaturierung europaweit voranzutreiben. Wissenschaftler wie Thomas Hein betonen, dass einheitliche Regeln notwendig sind, da Einzelinitiativen oft nicht ausreichen.

Die Renaturierung bietet nicht nur Schutz vor Hochwasser, sondern hilft auch dabei, die Natur wiederherzustellen, was langfristig sowohl der Umwelt als auch der Gesellschaft zugutekommt. Sie wird daher als wesentlicher Baustein für nachhaltigen Hochwasserschutz betrachtet.

## Falsche Prioritäten bei Budgetanwendung

Die Hochwasserkatastrophe in Niederösterreich zeigt eindrücklich, wie falsch die Prioritäten der Politik (in diesem Falle der *Österreichischen VersiegelungsPartei*) bei der Budgetverteilung gesetzt werden. Im Jahr 2023 wurden in Niederösterreich **488 Millionen Euro für den Straßenbau** ausgegeben – eine gewaltige Summe im Vergleich zu **der lediglich 1 Million**



**Euro, die für die Renaturierung** von Gewässern bereitgestellt wurde. Dieses Missverhältnis steht symbolisch für die mangelnde Wertschätzung natürlicher Hochwasserschutzmaßnahmen. Mikl-Leitner, aber auch der Bundeskanzler von der **Österreichischen VersiegelungsPartei** sprachen beim Renaturierungsgesetz von einem „sündteuren Prestige-gesetz“ und dass „Europa nicht ein reines Klimaschutz-museum werden dürfe. Niederösterreich sei eh ein „Natur-paradies“. Die Natur widerlegte beim Hochwasser den von beiden ausgesprochenen Unsinn.

In Österreich fließen jährlich im Durchschnitt 550 Millionen Euro in den Bau von Schnellstraßen und Autobahnen, während für die Renaturierung von Flüssen und Bächen lediglich 5,6 Millionen Euro vorgesehen sind. Der Straßenbau ist zudem für 41 Prozent der versiegelten Flächen im Land verantwortlich, was das Risiko von Überschwemmungen durch den Verlust natürlicher Versickerungsflächen erhöht.



Das Ziel der EU, 25.000 Kilometer Flüsse und Auen zu renaturieren, ist ein wichtiger Schritt, um die ökologische Balance wiederherzustellen und gleichzeitig den Hochwasserschutz zu stärken.

Foto: Sergei – stock.adobe.com

Die Notwendigkeit, den Fokus auf die Renaturierung zu legen, ist offensichtlich: Nur 14 Prozent der österreichischen Bäche und Flüsse sind ökologisch intakt. Dabei kann Renaturierung nicht nur Hochwasserschutz bieten, sondern auch bestehende Dämme überflüssig machen, da Flüsse wieder mehr Platz zur Ausdehnung erhalten (und die Dämme und Hochwasserbauten sollen nicht einfach ohne Grund abgebaut werden, wie Staatssekretärin Plakolm von der **VersiegelungsPartei** fälschlicherweise behauptet. Übrigens eine weitere Lüge im Zuge der Diskussion um das Renaturierungsgesetz). Das Ziel der EU, 25.000 Kilometer Flüsse und Auen zu renaturieren, ist ein wichtiger Schritt, um die ökologische Balance wiederherzustellen und gleichzeitig den Hochwasserschutz zu stärken.

Eine Studie des Marktforschungsinstitutes marketagent kam zum Ergebnis, dass die Mehrheit der Österreicher Befürworter von Renaturierungsmaßnahmen sind. Mehr als

1.000 Personen im Alter von 16 bis 75 Jahren wurden dazu befragt. 71 % der FPÖ-Wähler stimmten zu, dass die nächste Regierung wegen der häufiger werdenden Wetterextreme mehr Anpassungsmaßnahmen (wie Flussrenaturierungen) ergreifen muss. Bei der ÖVP waren es 87 %, bei der SPÖ 93 % und bei den Grün-Wählern fast alle, nämlich 98 %.

### „12 Minuten Beton“

Interessante Auszüge aus dem Artikel von Heide Rampetzreiter in „Die Presse“ mit der Überschrift: Mikl-Leitner in der „ZiB 2“: 12 Minuten Beton: ... Und trotzdem entstand der Eindruck: Hier wird Beton angerührt. Mikl-Leitner: „..., dass vor allem 94 Prozent der Landesfläche nicht verbaut sind.“ Über das Thema Bodenversiegelung wollte Mikl-Leitner besonders ungern sprechen. „Das kann man Menschen, die derart verzweifelt sind, jetzt nicht erzählen“, sagte sie. Ist es zu früh für kritisches Hinterfragen? Kann man erst damit beginnen, wenn die Pegelstände wieder auf Normalniveau stehen und der Schlamm weggewischt ist? Es ist doch eine zutiefst menschliche Eigenschaft, nach Gründen zu forschen, nach der Verantwortlichkeit und auch nach Lösungswegen. Beton allein wird als Antwort nicht reichen.

### Weltflussetag: WWF fordert umfassende Renaturierung der heimischen Fließgewässer

**Auszug aus der Aussendung:** „Der technische Hochwasserschutz muss dringend durch weitreichende ökologische Schutzmaßnahmen ergänzt werden, also vor allem durch Renaturierungen“, sagt WWF-Gewässerschutzexpertin Bettina Urbanek. „Ökologisch intakte Flüsse, Moore, Auen und andere Feuchtgebiete können wie Schwämme wirken, die Wasser aufsaugen und damit Extremwetterereignisse wie Starkregenfälle und Hochwasser abfedern – wenn man ihnen den Raum dazu gibt.“

### EU-Geld für heimische Natur

Im Rahmen der EU-Renaturierungsverordnung kann Österreich mit einem fachlich fundierten Plan zusätzliches Geld aus dem EU-Budget abrufen und damit insbesondere auch Projekte im ländlichen Raum unterstützen. Das schafft natürliche Schutzmaßnahmen gegen die zunehmenden Folgen der Klimakrise. Im Rahmen der Verordnung sollen unter anderem bis zum Jahr 2030 europaweit 25.000 Flusskilometer renaturiert werden.“

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240921\\_OTS0003/weltflussetag-wwf-fordert-umfassende-renaturierung-der-heimischen-fließgewässer#:~:text=EU%2DGeld%20f%C3%BCr,Flusskilometer%20renaturiert%20werden.](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240921_OTS0003/weltflussetag-wwf-fordert-umfassende-renaturierung-der-heimischen-fließgewässer#:~:text=EU%2DGeld%20f%C3%BCr,Flusskilometer%20renaturiert%20werden.)

## Nutztierhaltung auf Grünland für mehr Biodiversität und damit Hochwasserschutz

Professor Wilhelm Windisch, ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Tierernährung an der TU München, spricht sich für eine verstärkte Nutzung von Grünland in der Nutztierhaltung aus.

Er kritisiert die Darstellung von Kühen als „Klimakiller“ und warnt vor politischen Fehlentscheidungen aufgrund dieser verzerrten Wahrnehmung. Windisch sieht die Zukunft der Nutztierhaltung vor allem auf Grünland, da dies keine Konkurrenz zur Nahrungsmittelherzeugung darstelle.

Zudem fördere die Grünlandnutzung die Biodiversität und verbessere den Hochwasserschutz. Er plädiert außerdem für eine Senkung des Leistungsniveaus von Nutztieren, angepasst an die natürliche Futterleistung.

**Aus Der Kurier:**

### Hochwasser: Raiffeisen NÖ-Wien bietet Hilfe mittels Schadenskredit

Alle Betroffenen können einen Elementarschadenskredit in Anspruch nehmen. Der Kreditbetrag für Kund:innen beträgt bis zu 50.000 Euro ... EG



### Ergebnisse des Wahlchecks im Detail:

<https://www.global2000.at/news/wahlcheck-soziale-und-oekologische-landwirtschaft>

Aus Das Volksblatt: „Maßnahmen müssen die Grundrechte wie Eigentum und Erwerbsfreiheit respektieren und auf Freiwilligkeit basieren. Daher ist der intensive und ehrliche Einbezug von Vertretern der Land- und Forstwirtschaft, wenn es um die Erstellung der Wiederherstellungspläne (Anmerkung: Renaturierung) geht, unverzichtbar“, so LKÖÖ-Präsident Waldenberger, der weiters fordert, dass die Maßnahmen „umsetzbar, praxistauglich und wirksam sein müssen“.

*Kommentar: Von jedem anderen wäre diese Aussage als vernünftig anzusehen. Weiß man aber, dass sie von einem Präsidenten einer Landwirtschaftskammer kommt, wird sie zur Drohung. Denn wie schlecht die für uns verhandeln und verhandelt haben, erleben wir fast bei jeder sich bietenden Gelegenheit, also oft genug.* EG

## Zur Mitarbeit eingeladen und gleich wieder ausgeladen

Aufgrund vieler Nachfragen nach mir hat mich Konrad Johann von der AGÖ am 11.10.2024 per WhatsApp-Sprachnachricht eingeladen, beim „Regierungsprogramm der AGÖ“ (Wortlaut Konrad Johann) mitzuarbeiten, da man von mir „nichts mehr hört und sieht“ und ob meine „politische Karriere denn gescheitert ist?“ (Anmerkung: Ich habe nie eine politische Karriere angestrebt und war auch nie Agrarsprecher der SPÖ, aber sehr wohl im Expertenrat.). Den Schriftverkehr seht ihr unten. Nach meiner letzten WhatsApp hat er Konrad Johann die Sprachnachricht gelöscht.

[09:48] **Ewald Grünzweil:** Servus! Ich würde vorschlagen, ihr schickt uns eure Punkte zur Milchviehhaltung oder das ganze Programm. Dann können wir die Gemeinsamkeiten suchen. Liebe Grüße Ewald

[13:18] **Konrad Johann:** So wird es leider nicht funktionieren, LG Hans

[13:25] **Ewald Grünzweil:** Wie funktioniert es dann?

[13:29] **Konrad Johann:** Vergiss es

[13:32] **Ewald Grünzweil:** Okay, wie du meinst ...

EG

# Mein Prozess des Schreibens



Ich beim Hineinfühlen und -hören

Ich fühle beim Schreiben und höre beim anschließenden Lesen in mich hinein. Und ihr könnt mir glauben, dass der Prozess des Schreibens und des anschließenden Abfragens von mir selber (ob ich denn das alles so sagen und schreiben darf) mühsamer wird und mich mehr Energie kostet. Das ist natürlich meinem Alt- oder Älterwerden geschuldet. Und hat auch mit dem über 20 Jahre dauernden Ritt auf dem Raiffeisen-Drachen zu tun. Und eben mit dem direkten Ansprechen und Schreiben der Themen, die ich als Herausforderung für die Zukunft der Landwirtschaft sehe. Ich spreche heute das, was mich beschäftigt, direkter an und aus als früher. Das ist mir aber auch ein Bedürfnis. Nicht um jemanden vor den Kopf zu stoßen, obwohl das natürlich der Fall ist, wenn ich Dinge beim Namen nenne, die jemand komplett anders sehen kann. Mir ist dieses klare Ansprechen noch viel wichtiger, seit ich am Grab von meinem lieben Freund Meilinger Josef gestanden bin. Dort ist mir klar geworden, wie schnell es zu Ende gehen kann. Und man noch was sagen wollte, es aber nicht mehr sagen konnte oder es nicht klar genug gesagt hatte.

## Wärscht nicht hinaufgeklettert, wärscht nicht heruntergefallen

Und wenn ich dann nach einer Milch-Post auf Reaktionen warte (über den

Mangel an Reaktionen habe ich mich in der Vergangenheit ja das eine oder andere Mal beschwert) und diese dann vielleicht (sehr) negativ sind, trifft mich das hart. Schwierig zu verstehen und zu verarbeiten sind für mich haltlose, weil unwahre Kritik oder Vorwürfe. Wenn ich also in der IG-MilchPost mit meinen persönlichen Kürzeln versehen etwas schreibe, sollte ich mich nicht über Reaktionen wundern oder gar beschweren. Obwohl mir ab und zu danach zumute wäre und ich gerne der Arme, der zu Tröstende wäre. Ich muss beim Schreiben über dieses Bedürfnis über mich selbst schmunzeln. Ohne Sudern, einfach die Verantwortung übernehmen. Das wäre halt konsequent. Meine hier schon oft zitierte Oma hatte auch dazu eine ganz klare Meinung: „Warast ned aufikräut, warast ned owigfoin!“

## Sehr positiv bis ziemlich negativ

Die Spannweite der Reaktionen auf die letzte und vorletzte MilchPost war sehr groß. Von: Aus-dem-Herzen-schreiben bis hin zu SPÖ-Propaganda reichten die Reaktionen (Im Wortlaut: *SPÖ, Falter, Klimawahn und Renaturierung wird als gut und positiv dargestellt! Wie viel Geld bekommen Sie, um einen derartigen Schwachsinn zu verbreiten? In die Zeitung eines SPÖ Partei- und Propagandasoldaten investiere ich keinen Cent!!!!!!!*). *Da mich das Wort Propaganda tief getroffen und beschäftigt hat, ich aber nicht wusste, was es genau bedeutet, informierte ich mich wie immer in solchen Fällen auf Wikipedia: „Propaganda (von lateinisch propagare, weiter ausbreiten, ausbreiten, verbreiten) bezeichnet in ihrer modernen Bedeutung[1] zielgerichtete Versuche, politische, religiöse oder weltanschauliche Meinungen oder öffentliche Sichtweisen zu formen, Erkenntnisse zu manipulieren und das Verhalten in eine vom Propagandisten oder Herrscher erwünschte Richtung zu steuern ...“*

Das ist mir dann doch zu untergriffig, denn ich will niemanden manipulieren und deswegen weise ich solche Vorwürfe ganz entschieden zurück. Und ich bin weder Parteimitglied der SPÖ, noch bekomme ich Geld von der SPÖ. Aber ich kann mit ganz vielen Dingen im SPÖ-Parteiprogramm, das ich als Mitglied des Expertenrates zum Teil ja mitgestaltet habe.

Zufall oder nicht: Diese Untergriffe und in der Folge Austritte aus der IG-Milch kommen ausschließlich aus dem Kreis bekennender und deklarerter Mitglieder von UBV und AGÖ und sind begeisterte Züchter und Mitglieder bzw. Funktionäre von Zuchtverband oder Leistungskontrollverband.

## Das ist sehr schade, aber überrascht mich nicht.

Und da bin ich wieder bei diesem (ein wenig beklemmenden) Gefühl des Hineinhörens, des Mich-Abfragens. Darf ich das so sagen, schreiben? Darf ich das so in der MilchPost behandeln? Treten dann wieder welche aus dem Verein aus? Meine innere Stimme sagt: „Sag klar, was ist und was du denkst. Denn vielleicht sage ich mir dann einmal: Hättest das dort doch klarer gesagt.“ Und warum mir eine klare Sprache wichtig ist, habe ich vorhin schon beschrieben. Hör auf deine innere Stimme. Übrigens auch eine der „Fünf Thesen für Mutige“ von Heini Staudinger.

## Vielen Dank für das wohlthuende Lob

Als dieser Text schon fertig war, hatte ich ein mich sehr berührendes Telefonat mit einem Mitglied aus dem Mühlviertel. Er wollte mir das persönlich sagen und bedankte sich für meine Ehrlichkeit und Offenheit und meinen richtigen Standpunkt zur Renaturierung. „Ich bin dankbar dafür, jemanden zu wissen, der ähnlich tickt wie ich. Weil oft genug fühlt man sich allein und ist auch allein.“

EG



# Von der Leyen auf der Digital Life Design (DLD) in München: Wiederherstellung der Natur in klarem wirtschaftlichen Interesse

Verhältnis zwischen Wirtschaft und Natur grundlegend neu denken

Guten Morgen!

Ich bin stolze Großmutter von vier wundervollen Enkelkindern. Sie alle wurden in diesem Jahrzehnt geboren. Mitte des Jahrhunderts könnten sie bereits eigene Familien haben. Die Chancen stehen gut, dass sie auch noch den Anbruch des nächsten Jahrhunderts erleben. Wenn ich sie anschau, dann habe ich die Zukunft vor Augen. Wie alle Großmütter – und Großväter – will ich das Beste für sie. Aber uns allen ist klar, die Welt, in die sie hineingeboren wurden, ist in keinem guten Zustand. Sie erwärmt sich in einem besorgniserregenden Tempo.

Wenn wir München betrachten – dann könnte sich diese Stadt bis 2050 vollständig gewandelt haben. Zum Beispiel durch Sommer, in denen es tagein, tagaus 35 Grad heiß ist. Stellen Sie sich vor, den „Alten Peter“ zu erklimmen, von wo aus Sie den spektakulärsten Blick auf die Stadt und über die Stadtgrenzen hinaus genießen können. An klaren Tagen werden Sie auch künftig die Gipfel der Stubaier und der Zillertaler Alpen sehen können. Aber keine Gletscher mehr. Die Gletscher sind dann nur noch eine Erinnerung aus längst vergangenen Zeiten. Die Welt von 2050 – also in nur 25 Jahren – könnte eine Welt sein, wo es auf der einen Seite nicht selten zu Überflutungen kommt und zugleich der Wasserverbrauch rationiert wird. Eine Welt, in der ein Drittel aller Arten ausgerottet ist. Es könnte sein, dass meine Enkel in Sommernächten nicht mehr das Zirpen von Grillen hören. Aber sie könnten neuen Krankheiten ausgesetzt sein, die von invasiven Stechmücken auf unseren Kontinent eingeschleppt wurden.



Foto: Claire – stock.adobe.com

**Angesichts solcher Zukunftsaussichten ist es klar, dass die Menschen, und vor allem die jungen Leute, richtig wütend sind.**

Junge Menschen machen sich zurecht Sorgen um unseren Planeten. **Helpen wir zusammen, um ihre Sorgen zu lindern.** Zerstreuen werden wir sie nicht mehr können.

Und natürlich fordern sie, dass sich die Dinge ändern. Weil es noch nicht zu spät ist, eine andere Zukunft zu gestalten – für sie. Das wird nicht leicht. Aber wir wissen, was zu tun ist. Wir müssen den Pionieren neuer Technologien und naturbasierter Lösungen folgen. Und wir müssen entschlossen in den menschlichen Erfindungsreichtum investieren. Wir müssen das Alte hinter uns lassen und Neues ausprobieren. Ich glaube, das ist die größte Herausforderung. Wir alle wissen, dass Veränderungen so beängstigend sein können. Es ist anstrengend, alte Gewohnheiten aufzugeben. Und es braucht Mut, sich ins Unbekannte vorzuwagen. Deshalb ist die Arbeit, die Sie hier bei der DLD tun, so wichtig, liebe Maria und liebe Steffi. Ich möchte Ihnen aus tiefstem Herzen danken, dass Sie diese Konferenz auf die Beine gestellt haben. Denn mit dem, was Sie hier bei der DLD tun, zeigen Sie, dass eine andere Zukunft nicht nur möglich ist, sondern bereits begonnen hat – und sie ist spannend. Wir haben Ihre unglaublichen Geschichten gehört. Wie Sie unsere Beziehung zur Natur ganz neu denken. Einige von Ihnen entwickeln abfallfreie Wohnviertel. Sie haben die Geschichten gehört. Andere transformieren unsere Art zu reisen und Dinge zu transportieren. Andere wiederum nutzen künstliche Intelligenz, um den Tieren zuzuhören und von ihnen etwas über den Zustand der Ökosysteme zu hören und zu lernen. Mit Ihrem Tun verwandeln Sie Zukunftsängste in Antizipation. Sie zeigen uns, dass Veränderung aufregend sein kann. Es sind diese Geschichten, die aus unserer Zukunft eine Zukunft voller Kreativität, Wissbegier und Zuversicht machen. Das ist von unschätzbarem Wert.

**Doch wir alle wissen, dass der Weg in diese Zukunft kurvenreich und holprig ist.** Die gute Nachricht ist, dass wir nicht bei Null anfangen. In den vergangenen fünf Jahren hat die Europäische Union Riesenschritte in Richtung dieser Zukunft gemacht. Ich glaube, es ist uns vielleicht nicht immer bewusst, aber wir sind schon jetzt mittendrin. Wenn Sie Ihre Smartphones oder beispielsweise auch die Beleuchtung dieser Bühne anschauen: 50 % des Stroms, den wir





Foto: snapshotfreddy – stock.adobe.com

Eine tolle Entwicklung! Anstatt eines Atomkraftwerkes viel mehr Windräder. Das wäre die wünschenswerte Entwicklung.

heutzutage verbrauchen, stammt aus erneuerbarer Energie.

Im vergangenen Jahr waren 82 % der neu zugelassenen Autos in Norwegen Elektrofahrzeuge. Vor fünf Jahren war das noch undenkbar. Und doch haben wir es geschafft. Als Russland die Ukraine überfallen hat, wollte Putin uns mit der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland erpressen. Sie erinnern sich daran. Wir haben beschlossen, dass wir uns von dieser Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen freimachen müssen, und ich habe nicht vergessen, dass viele prophezeiten, wir müssten einen Rückschritt ins Kohlezeitalter machen. Aber das haben wir nicht getan. Weil wir diese Transformation gesteuert haben. Wir haben dafür gesorgt, dass Europa Fortschritte macht, keine Rückschritte. Und heute produzieren wir mehr Strom aus Wind und Sonne als aus allen fossilen Brennstoffen zusammen. Die Ära, als fossile Brennstoffe aus Russland in Europa vorherrschten, ist ein für alle Mal vorbei.

All das war möglich, weil sich ein ganzer Kontinent zusammengetan hat und ein gemeinsames Ziel verfolgt. Wir haben nicht nur unsere Politik geändert – wir haben unsere Denkweise geändert. In den kommenden Jahren müssen wir einen ähnlichen Wandel auch auf anderen Feldern, weit über den Energiesektor hinaus, schaffen. Wir müssen die Beziehung zwischen unserer Wirtschaft und der Natur grundlegend neu denken. Wir sind alle mit der Vorstellung groß geworden, dass die Natur unbezahlbar ist. Mit Vogelgesang

aufwachen, Wasser aus einer Gebirgsquelle trinken, das Meer, den Ozean in seinem endlosen Blau betrachten. Wie könnte man auf irgendetwas davon ein Preisschild kleben? Nun – wir kleben der Natur Preisschilder auf, jede Sekunde, Tag für Tag. Aber nur, indem wir Ressourcen aus ihrer natürlichen Umgebung herausholen. Sie können reich werden, indem Sie dem Erdboden fossile Brennstoffe entnehmen, aber Sie werden sicherlich nicht reich, wenn Sie Kohlenstoff wieder in den Boden zurückführen. Sie können gutes Geld verdienen, indem Sie einen Wald abholzen, aber nicht, indem Sie einen neuen pflanzen und alt werden lassen. Unsere Landwirtinnen und Landwirte erzielen höhere Gewinne, wenn sie mehr Land nutzen und es so intensiv wie möglich bewirtschaften, als wenn sie Land brachliegen lassen, auf dem Wildpflanzen blühen und Vögel brüten können. Seit Generationen belohnt die Menschheit nur die Plünderung unserer natürlichen Umwelt. Und heute sehen wir, wie grundlegend falsch das ist. Es ist aus moralischer Sicht falsch, aber auch aus wirtschaftlicher.

Schauen Sie sich nur unsere Wettbewerber an – Sie haben den Draghi-Bericht erwähnt. Die Vereinigten Staaten beispielsweise investieren massiv in den Inflation Reduction Act. Dieses Gesetz hat nichts mit Inflation zu tun. Es hat aber eine Menge mit sauberen Technologien zu tun, es geht um massive Investitionen in saubere Technologien. Schauen Sie sich China an: massive Investitionen in Elektrofahrzeuge, China weiß, wo die Märkte der Zukunft sind. Und schauen Sie sich

die Golfstaaten an: Sie sitzen auf Öl und Gas, doch ich höre von dort, dass in sauberen Wasserstoff investiert wird. Denn sie beherrschen den Energiemarkt von heute, und sie wollen den Energiemarkt von morgen beherrschen – und sie wissen, dabei geht es um sauberen Wasserstoff. Es ist also eine positive Geschichte: Da draußen gibt es Märkte. Aber für den Moment müssen wir uns eingestehen, dass wir die verheerenden Folgen des Kombieffekts aus Klimawandel und Naturzerstörung noch nicht im Griff haben. Die Erträge der Bäuerinnen und Bauern sinken, weil die Böden geschädigt sind und Insekten fehlen. Die Netze der Fischer bleiben leer, weil Düngemittel von den Feldern das Leben im Wasser ersticken. Wasserkraftwerke und Atomkraftwerke werden durch Dürren stillgelegt. Der Handel entlang unserer Wasserstraßen gerät ins Stocken, weil die Flüsse trockenfallen. Daher gibt es klare wirtschaftliche Argumente für die Erhaltung und Wiederherstellung der Natur – wirtschaftliche Argumente.

Und Unternehmen in ganz Europa verstehen das sehr gut. Ich möchte Sie für einen Moment an die Küste Spaniens mitnehmen, in die Nähe des Ebro-Deltas, in eine Grube, wo Ton für die Zementherstellung abgebaut wird. Bis vor Kurzem war dies eine zerstörte, dem Tierleben feindliche Umwelt. Der Boden war zu hart und zu trocken, um jegliches Wasser zu halten. Der Regen spülte nur den Schmutz weg und verunreinigte Flüsse und Felder. Aber

Fortsetzung auf Seite 10



Begrüntes Dach – gut für Vögel, Bienen und die eigene Geldbörse, weil die Versicherung einen Rabatt gewährt.

Foto: Corinna Voß – stock.adobe.com

jetzt hat das Unternehmen zusammen mit der Universität von Barcelona und mit Geldern der Europäischen Union den Standort komplett umgestaltet. Die erschöpften Hänge wurden der Natur zurückgegeben. Es gibt jetzt einen See, umgeben von Pflanzen und voller Leben. Und der gesündere Boden schützt die umliegenden Gebiete vor Dürren und Überschwemmungen. Und bei all dem ist zugleich dafür gesorgt, dass die Wirtschaftsleistung erhalten bleibt, und es entstehen gute Arbeitsplätze. Es ist eine Win-Win-Situation für Natur und Wirtschaft.

Es gibt ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass intakte Natur einen wirtschaftlichen Wert hat. Jemand von Ihnen hat es gestern brillant in die Worte gefasst, wir müssten „die Natur in die Bilanz einbringen“. Und das passiert jetzt langsam. Die Natur taucht in den Businessplänen unserer Unternehmen auf. Nehmen Sie zum Beispiel die niederländische Versicherung, die beispielsweise Kunden, die ihr Dach begrünen, Rabatte anbietet.

**Warum tut sie das?** Weil das Haus und die ganze Nachbarschaft dadurch sicherer werden. Starkregen wird abgeführt und das Dach hält länger. Das ist nicht nur gut für Vögel und Bienen, sondern erspart der Versicherung

auch künftige Kosten. Das zeigt: Ein anderer Ansatz ist möglich, hin zu einer Wirtschaft, die den Menschen dazu bewegt, der Natur zu dienen, damit die Natur uns auch weiterhin dienen kann.

Damit diese neue Form des Wirtschaftens wachsen und gedeihen kann, müssen wir auch politisch unseren Teil dazu beitragen. In den zurückliegenden fünf Jahren hat die Europäische Union unsere Klimaziele in gesetzliche Vorschriften gegossen. Das war äußerst wichtig, denn nun haben sich 27 Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, bis 2030 die Ziele der Klimagesetze und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Das müssen wir jetzt umsetzen. Und während wir dies umsetzen, müssen wir auch Anreize für diejenigen schaffen, die noch einen Schritt weitergehen wollen. Für den, der über das hinaus will, was ohnehin vorgeschrieben ist, muss es also Belohnungen geben. Denn der Schutz unserer Natur muss sich auch wirtschaftlich rechnen. Und das kann gelingen. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele dafür geben: Im ersten Beispiel geht es um Landwirtinnen und Landwirte und ländliche Gemeinschaften, die in besonders enger Verbindung mit der Natur leben. Im zweiten Beispiel geht es um Kohlenstoff- und Naturgutschriften.

Über die Zukunft der Landwirtschaft in Europa hat es oft hitzige Debatten gegeben. Wir alle haben noch die Proteste der Landwirte in ganz Europa zu Beginn des Jahres vor Augen. Die Interessen der Landwirte schienen unvereinbar mit den Interessen des Naturschutzes. Doch die Natur bildet die Lebensgrundlage der Landwirte. Ihr gesamtes Leben hängt von gesunden Böden, sauberem Wasser und einer funktionierenden Bestäubung ab. Die Landwirte wissen das besser als irgendjemand sonst. Im letzten Jahr haben wir deshalb einen Runden Tisch, einen Strategischen Dialog mit Landwirten, dem Verband der Landwirte in Europa, Copa und Cogeca, aber auch jungen Landwirten, Biolandwirten, Umweltverbänden wie BirdLife und Greenpeace, der Lebensmittelindustrie, Vertretern der gesamten Wertschöpfungskette, Verbraucherorganisationen, Herstellern von Dünger und Saatgut, dem Finanzsektor und der Wissenschaft gefordert, kurz: mit allen Interessenträgern. Unter der Überschrift „Strategischer Dialog über die Zukunft der Landwirtschaft in Europa“. Dabei wurde deutlich, dass es sehr viel mehr Gemeinsamkeiten gibt, viel mehr, als wir alle gedacht hätten. Wir sind uns einig, dass wir unsere Klimaziele erreichen müssen. Die Gespräche drehten sich darum, wie uns das gelingt. Es war hochinteressant, die verschiedenen Sichtweisen und Vorstellungen zu hören, wie wir unsere Klimaziele erreichen können. So waren sich zum Beispiel alle völlig darüber im Klaren, dass die Landwirte zu den ersten Leidtragenden des Klimawandels und des Verlusts an natürlichen Ressourcen gehören. Gleichzeitig können die landwirtschaftlichen Strukturen und Praktiken diese Krisen befeuern. Deshalb ist **Nachhaltigkeit** ein extrem wichtiger Aspekt, um Landwirtschaft im Einklang mit der Natur zu betreiben. Wir wissen, dass ein effizientes System aus Belohnungen und Anreizen zum Ziel führen kann. Nur wenn die Landwirte von ihrem Land leben

können, werden sie in nachhaltigere Bewirtschaftungsverfahren investieren. Und nur, wenn wir gemeinsam unsere Klima- und Umweltziele erreichen, werden Landwirte auch künftig ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können. Wir brauchen neue Finanzierungsinstrumente, um Landwirte für die mit nachhaltiger Bewirtschaftung verbundenen zusätzlichen Kosten zu entschädigen und ihnen einen Ausgleich dafür zu gewähren, dass sie sich um Boden, Land, Wasser und Luft kümmern. **Es ist an der Zeit, diejenigen zu belohnen, die unseren Planeten schützen.**

Und das bringt mich zu meinem zweiten Punkt, den **Naturgutschriften**. Nehmen wir einen Wasserversorger, für den sauberes Quellwasser entscheidend ist, oder ein Unternehmen, das Obst verkauft und auf das fundamentale Wirken von Bestäubern angewiesen ist. Sie könnten Naturgutschriften dazu nutzen, örtliche Gemeinschaften und Landwirte zu unterstützen, die „Ökosystemleistungen“ erbringen. Wir können einen Markt für die Wiederherstellung unseres Planeten schaffen. Das klingt fast zu gut, um wahr zu sein. Aber wir wissen, dass es möglich ist, wenn wir die richtigen Vorgaben machen. Denn es ist uns schon einmal gelungen. Hier in Europa haben wir bereits einen unglaublich wirksamen CO2-Markt. Er funktioniert seit fast 20 Jahren. Das Prinzip ist ganz einfach. Es besagt: **Du willst verschmutzen – du zahlst. Du willst nicht zahlen – dann betreibst du Innovation.** Und es hat funktioniert. In dieser Zeit sind die Treibhausgasemissionen um beinahe 50 % zurückgegangen, während die Wirtschaft gewachsen ist. Gleichzeitig erwirkte der Preis, den wir dem CO2 gegeben haben, Einnahmen von 180 Milliarden EUR, die in Klimaprojekte und Innovationen reinvestiert werden.

Genauso könnten wir nun auch bei den **Naturgutschriften** vorgehen. Wir müssen all jenen, die Ökosystemleistungen erbringen, wichtige Mittel zukommen lassen. Bei den Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission wird bereits an einer globalen Norm für Naturgutschriften gearbeitet. Es müssen nämlich wirkliche Naturgutschriften sein. Das ist ein wichtiger erster Schritt, um diesen aufstrebenden Markt auszubauen. Und mit unseren Mitgliedstaaten arbeiten wir intensiv daran, die ersten Pilotprojekte zur Unterstützung dieses Prozesses auf den Weg zu bringen. Wir wollen, dass die Dekarbonisierung und Naturschutz zu Wachstum und Innovation führen, eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft, **die der Natur mehr zurückgibt, als sie ihr nimmt.** Das muss das Ziel sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen, dass seit meiner Kindheit 70 % der wild lebenden Arten ausgestorben sind. In meiner Lebenszeit ist die Welt durch menschliches Einwirken aus dem Gleichgewicht geraten. Aber in der Lebenszeit meiner Enkel kann

dieses Gleichgewicht wiederhergestellt werden und kann sich die Natur wieder erholen. So ist die Geschichte der Menschheit. Nach jeder Krise ist eine Erholung möglich. Das ist kein Selbstläufer, aber es ist möglich. Wenn wir mit Innovationsgeist und konstruktiven Lösungsansätzen an die Sache herangehen, kann es gelingen. Denken wir immer daran, dass die Kinder von heute es uns nie verzeihen würden, wenn wir uns der Herausforderung nicht stellten. Lassen Sie es uns also tun.

Lang lebe Europa und vielen Dank.

**Anmerkung:** Ich hätte nicht damit gerechnet, dass mich eine Rede von einer konservativen Politikerin so beeindruckt ... EG

## Widersprüchlicher geht es wohl kaum

In München so eine grundvernünftige Rede. In Prag so ein Unsinn über mehr Atomkraft:

Von der Leyen: „Wenn es um unsere Energie geht, müssen wir unsere eigene Energie erzeugen“, sagte sie bei der Globesec-Sicherheitskonferenz in Prag. Dazu brauche es mehr Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen, mehr Atomkraft und mehr Effizienz.“

Außerdem wurden im Oktober inoffizielle Pläne (einer internen Präsentation) über einen radikalen Umbau des EU-Haushaltes und damit auch des GAP-Budgets bekannt. Bedingungen seien zu erfüllen, um Gelder aus Brüssel zu bekommen. Die EU-Länder sollen mit nationalen Plänen für die Agrar- oder Strukturpolitik darlegen, wie sie EU-Ziele umsetzen wollen. Die Maßnahmen dazu würden jedoch national festgelegt. Eine zentral gesteuerte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gäbe es dann nicht mehr. Unklar ist auch, ob eine solche Reform zu einem Abbau von Bürokratie führen würde.

Quelle: **Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ**



Foto: wlad074 – stock.adobe.com

Anstatt des Atomkraftwerkes mehr Windräder. Das wäre die wünschenswerte Entwicklung.



# Pressemitteilung vom 7. Oktober 2024



Europäische Landwirte und Arbeitnehmer aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft fordern die sofortige Aufnahme von kostendeckenden Preisen in die UTP-Richtlinie

**In einem offenen Brief, der heute an die Präsidentin der Europäischen Kommission, den Präsidenten des Agrarministers und die Präsidentin des Europäischen Parlaments gesandt wurde, fordern europäische Landwirte und Arbeitnehmer aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft, bis Ende des Jahres ein Schnellverfahren einzuleiten, um den Einkauf von Agrar- und Lebensmittelprodukten unterhalb der Produktionskosten auf die Schwarze Liste der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken zu setzen.**

Die European Coordination Via Campesina (ECVC), das European Milk Board (EMB) und die Europäische Föderation der Gewerkschaften für Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus (EFFAT), fordern die EU-Institutionen gemeinsam auf, diese konkrete Maßnahme sofort zu ergreifen, um den Landwirten und Arbeitnehmern in der Agrar- und Ernährungswirtschaft ein faires Einkommen zu sichern und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dafür kann nicht auf eine umfassendere Reform der UTP-Richtlinie gewartet werden, wie die vielen sektoralen Krisen, mit denen Landwirte und Arbeitnehmer in der Land- und Ernährungswirtschaft derzeit konfrontiert sind, sowie die Proteste zu Beginn des Jahres gezeigt haben.

Nach Ansicht des ECVC-Landwirts und Mitglieds des Koordinierungsausschusses, Andoni Garcia Arriola, müssen die EU-Institutionen die Landwirte mit konkreten Maßnahmen stärken. „Die Landwirte müssen sehen, dass die im jüngsten Bericht über den Strategischen Dialog gemachten Versprechen, die Preise zu adressieren, im kommenden Fahrplan der Kommission für die Landwirtschaft auch eingehalten werden. Worte allein genügen nicht, um Landwirte und Arbeitnehmer zu unterstützen, deren Einkommen weit unter dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung in der EU liegt und das nicht ausreicht, um weiterhin Lebensmittel zu produzieren. Es müssen sofortige Maßnahmen ergriffen werden, um auf diese Situation zu reagieren und um eine

„Kultur der Zusammenarbeit“ aufzubauen, die Frau von der Leyen angeblich anstrebt.“

Wiebke Warneck, EFFAT, Politische Sekretärin für Lebensmittel, Getränke und Tabak, fügt hinzu: „Die Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken ist für die Arbeitnehmer im Agrar- und Ernährungssektor von entscheidender Bedeutung: Der Verkauf unter dem Herstellungspreis geht fast automatisch Hand in Hand mit der Ausbeutung von Arbeitskräften und mit niedrigen Löhnen. Die Aufnahme des Verbots in die Schwarze Liste und das Hinzufügen einer Generalklausel zu den unlauteren Handelspraktiken ist Teil der Lösung.“

Kjartan Poulsen, Präsident des EMB, erklärt: „Die EU braucht ihre Landwirte dringend. Und die Landwirte, die noch nicht aus der Produktion ausgestiegen sind, brauchen dringend konstant zumindest kostendeckende Preise. Genauso wie die junge Generation, die in die Produktion einsteigen soll. Wenn die EU jetzt nicht dieses wichtige Signal sendet und die rechtliche Umsetzung vorantreibt, dann werden sowohl die verbliebenen Erzeuger als auch die junge Generation den Glauben an eine Zukunft in der landwirtschaftlichen Produktion verlieren. Und mit diesem Vertrauensverlust wird die EU weiterhin viele ihrer Erzeuger verlieren, was katastrophale Folgen für unsere Lebensmittelproduktion haben wird. Wir alle wissen, dass dies weder eine Übertreibung noch eine leere Drohung ist. Es wird ganz einfach das Resultat sein, wenn diese wichtige Maßnahme nicht umgesetzt wird. Daher: Setzen Sie diese wichtige Maßnahme jetzt um!“

Die Unterzeichner des Briefes fordern auch ein Treffen mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, um weitere Maßnahmen zu besprechen, die sicherstellen, dass die Landwirte faire Preise erhalten.

#### Der ganze Brief:

[https://www.eurovia.org/wp-content/uploads/2024/10/2024-10-Open\\_Letter\\_on\\_EU\\_Fast-Track\\_procedure-UTP\\_Directive\\_final-2.pdf](https://www.eurovia.org/wp-content/uploads/2024/10/2024-10-Open_Letter_on_EU_Fast-Track_procedure-UTP_Directive_final-2.pdf)

Quelle: EMB

#### Kommentar:

Diese Initiative ist sehr lobenswert. Aber wie die IG-Milch schon seit Jahren fordert, braucht es nicht „nur“ kostendeckende Preise, sondern endlich gewinnbringende Preise. Diese Formulierung sollte eigentlich Einkehr in unsere Kommunikation finden.

# Konzept zur Reformierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)



Vertreter der Verbände-Plattform überreichten im November 2023 das gemeinsame GAP-Reformpapier an die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Claudia Müller (BMEL, links) und Bettina Hoffmann (BMUV). © BUND/Stefanie Loos

Eine Verbände-Plattform, bestehend aus Organisationen wie AbL, Bioland, BUND, Greenpeace, NABU und WWF, fordert einen grundlegenden Umbau der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2028. Sie schlägt vor, dass Landwirte künftig nur noch Fördermittel erhalten, wenn sie konkrete Leistungen für

Umwelt-, Klima-, Natur- und Tierschutz erbringen. Ziel ist eine krisenfeste, ökologischere und gerechtere Landwirtschaft. Die Eckpunkte der vorgeschlagenen Reform beinhalten die Reduzierung der bisherigen GLÖZ-Regelungen auf vier Basisanforderungen wie den Erhalt von Dauergrünland und den Schutz von Mooren. Weitere Vorschläge sind die Umstellung der Junglandwirteförderung auf Existenzgründerzuschüsse sowie die Förderung einer dezentralen Lebensmittelverarbeitung. Die Fördermittel sollen nach Umweltleistungen und nicht mehr allein nach Hektar bemessen werden. Das Konzept sieht vor, die GAP stärker auf Nachhaltigkeit auszurichten, mit finanziellen Anreizen für Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen, Förderung der Biodiversität und einer artgerechten Tierhaltung. Die Leistungen der Betriebe sollen nach einem Punktesystem bewertet und gestaffelt werden. Die Verbände-Plattform möchte mit ihrem Vorschlag frühzeitig Einfluss auf die Diskussion zur GAP-Reform nehmen, bevor die EU-Kommission 2025 ihre Finanzplanung für die nächste Förderperiode vorlegt. EG

**SMARTE TECHNIK, SMARTER PREIS.**  
Top-Deals von Massey Ferguson, Austro Diesel und Partnerhändlern.

**MF 7S.155 Dyna-6 | 155 PS** ab **98.400,-\*** EUR, exkl. MwSt.  
**MF 5711 M | 115 PS** ab **52.500,-\*** EUR, exkl. MwSt.

**MF 4708 M | 82 PS** ab **39.990,-\*** EUR, exkl. MwSt.

**0,00% 24 MONATE**

**Kontaktieren Sie noch heute Ihren MF-Partner!**

**Austro Diesel**  
Wir mobilisieren alles.

**MASSEY FERGUSON** BORN TO FARM

\* Nähere Informationen zur Ausstattung bei Ihrem MF-Vertriebspartner. Unverbindlicher Richtpreis. Es gilt die aktuelle Vorzugsliste der Austro Diesel GmbH. Irrtum, Nachtrag, jederzeitige Änderung, Widerruf und Druckfehler vorbehalten. Gültig solange der Vorrat reicht.

+43/1/70120200 • [www.austrodiesel.at](http://www.austrodiesel.at)

**PP-MEGA-Rohr oder Drän** DN/ID 100 - 1600 mm

ÖNORM EN 13476-3 geprüft

SN8  
SN12

**Ideal geeignet für:**

- Haus-, Stallbau, Gülleleitungen
- Sammelleitungen
- Dränagierung von Wiesen und Feldern

**PP-MEGA-Rohr oder Drän DN/ID 100 mm**

SN8 4,99 €/lfm  
DN/ID 100 mm  
PP-MEGA-Bogen 8 15°, 30°, 45° oder 90° 6,60 €/Stk.  
PP-MEGA-Abzweiger 8 45° 12,90 €/Stk.

Dieses System spart Zeit, Geld und verringert den Rohrabfall auf ein Minimum!

**PVC-Rohr SN4 ÖNORM EN 1401-1** AKTION

-84%\*

PVC Rohre DN 110 - 500 mm  
PVC-Zubehör DN 110 - 315 mm

Besuchen Sie uns auf der **Austro Agrar TULLN**  
Halle 15, Stand 1513  
**20. BIS 23. NOV. 2024**

**www.bauernfeind.at** 07277/2598  
Alle Aktionspreise sind inkl. MwSt. und gültig bis 05. Dezember 2024

Anzeige

Anzeige

# Drei-Parteien-Vertrag mit fairem Milchpreis

Gemeinsam in längerfristige, transparentere Geschäftsbeziehungen treten und die Kosten der Milchviehbetriebe einbringen.

Ab Oktober 2024 soll es in Deutschland bei der Rewe-Tochter Penny eine faire Milch geben – auf Grundlage eines sogenannten Drei-Parteien-Vertrages, der zudem den Preis der Milch von den Produktionskosten der Milcherzeuger ableitet. Mit den drei Parteien sind die verschiedenen Akteure der Wertschöpfungskette bis zum Supermarktregal gemeint: Milcherzeuger, verarbeitende Molkerei und Lebensmitteleinzelhandel (LEH). Maßgeblich mit an der Vorbereitung dieses kooperativen Ansatzes beteiligt war Elmar Hannen, Milchbauer am Niederrhein und Vorstandsmitglied des EMB (European Milk Board): „Das Modell haben wir von den Franzosen abgeguckt, die solche Verträge schon seit Längerem nutzen.“ Das Bahnbrechende am aktuellen Vertragsabschluss: Die Milchviehhalter:innen haben als Datenbasis für die Preisgestaltung und -anpassung die Milchkostenerhebung des Büros für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL) durchgesetzt, die im Auftrag der MEG Milch Board vierteljährlich aktualisiert wird. Weitere Verträge in anderen Produktbereichen sind geplant, einer für Schweinefleisch ist vor Kurzem ebenfalls abgeschlossen worden.

## Regeln für Verträge

Ausgangspunkt waren die Ergebnisse des branchenweiten Agrardialogs Milch, der jedoch nicht fortgeführt wurde. Allein der LEHler Rewe signalisierte Interesse, am Konzept des Drei-Parteien-Vertrages weiterzuarbeiten. Es wurde eigens ein Kompetenzzentrum Landwirtschaft eingerichtet, Hannen wurde Mitglied der AG Milch: „Mit dabei sind Kaufleute von Rewe, Fachleute zum Tierwohl, Vertreter von Umweltverbänden und Ministeriumsmitarbeiter.“ Rewe ließ vorhandene französische Drei-Parteien-Verträge, die ihr Partnerunternehmen E.Leclerc mit abgeschlossen hat, übersetzen und juristisch geprüft auf deutsche Verhältnisse anpassen. Die genauen Vertragsinhalte sind vertraulich. „Die grundsätzlichen Regeln, was bei den Verträgen berücksichtigt werden soll, stammen noch aus dem Agrardialog“, erklärt Hannen. So ist eine gewisse Langfristigkeit vorgesehen mit Vertragslaufzeiten von mindestens zwei Jahren, öfter drei und im Fleischbereich mit eher fünf Jahren. Für mehr Transparenz bei der Preisbildung sollen sich die Parteien auf Mechanismen wie vorhandene Notierungen oder Branchenindizes einigen und die gewählten Indikatoren

vertraglich festhalten. Dazu gehört auch ein zeitlich festgelegter Anpassungsautomatismus halbjährlich oder öfter, um unerwartete Schwankungen auszugleichen. Außerdem sind Mengen festzulegen, eventuell mit Plus-Minus-Abweichungen bis zu 20 Prozent. Gedacht ist dies als Abnahmegarantie für die Bäuerinnen und Bauern. Hinzu können besondere Qualitätsanforderungen kommen, deren Mehrwert in vorab festgelegter Höhe preislich honoriert werden muss.

## Ein Marktsignal

Milchbauer Hannen beschreibt das Ganze als Pilotprojekt, das zeigen soll, dass der Milchpreis durchaus von unten her kalkuliert werden kann. Und: „Ein ganz wichtiger Effekt ist, dass wir so eine längerfristige Geschäftsbeziehung gründen. Das sind auch die Infos aus Frankreich: Der Kontakt wird viel intensiver, die Partner sind enger zusammengerückt und es wird über Probleme gesprochen und nicht einfach die Macht des Stärkeren ausgespielt.“ In Deutschland ist es ansonsten so, dass alle halbe Jahre die Lieferverträge für die sogenannte Weiße Linie, darunter Trinkmilch in zwei Fettstufen, Sahne und Quark aus Standardmilch, zwischen LEH und Verarbeitern abgeschlossen werden – mit dem Zuschlag für den billigsten Preis. Die Belange der Milcherzeuger:innen spielen da keine Rolle, sie bezeichnen sich an dieser Stelle selbst häufig als „Restgeldempfänger“. Anders soll die Zusammenarbeit der drei vertraglich miteinander verbundenen Parteien laufen: Der übergeordnete Vertrag hat eine Laufzeit von mehreren Jahren. Ein- bis zweimal pro Jahr sollen Gespräche über nötige Anpassungen geführt werden. Wichtige Punkte dabei: Wie ist die aktuelle Kostenentwicklung? Wie hoch ist der Aufwand für die gesetzten Qualitätsanforderungen an die Milcherzeugung?

## Verhandeln neu lernen

Die Verhandlungen haben letztlich eine ganze Weile gedauert. Grund dafür war auch, dass alle Beteiligten zunächst lernen mussten, miteinander fair zu handeln, so Elmar Hannen: „Es brauchte das deutliche Bekenntnis aus dem Rewe-Vorstand von Chefeinkäufer Hans-Jürgen Moog zu dieser Art der Drei-Parteien-Verträge – deren Ziel entsprechend sollte in jedem Bereich ein Projekt umgesetzt werden, so seine Vorgabe. Die Einkäufer von Rewe sind ansonsten darauf aus, günstig einzukaufen und teuer zu verkaufen – und versuchen dabei möglichst viele Anforderungen ohne Aufpreis mit ins Paket zu packen.“ Die Verarbeiter im Bunde sind mehrere, die deutschlandweit verteilt jeweils die Milch im entsprechenden Standard als Qualitätsschiene im Portfolio





Hört sich gut an, Faire Milch bei Penny! Viel Glück von der IG-Milch für unsere Idee, auf die wir nach wie vor stolz sein können.

Foto: Screenshot Die faire Milch-Produkte; diefairemilch.de

haben und für die Marke abfüllen. In Nordrhein-Westfalen sind dies z. B. die Molkereien Gropper mit ihrer Tochtergesellschaft Moers Frischeprodukte und Naarmann. Als Erzeuger sind bundesweit mehr als 100 Landwirt:innen beteiligt, die über die Genossenschaft „Fair Food eG“ zusammengeschlossen sind.

Sie erfüllen die entsprechenden Standards, betreiben eine flächengebundene Tierhaltung, füttern gentechnikfrei, kaufen keine Futtermittel aus Übersee und setzen Tierwohl- und Umweltmaßnahmen um. Sie sind die Programmteilnehmer und Gesichter der neuen fairen Milchmarke und beteiligen sich aktiv an der Bewerbung. Ihre Milch ist nicht zwangsläufig selbst in der Milchtüte, aber die Genossenschaft dient als Vermittler in dem Vertragskonstrukt: Sie kauft die Milchprodukte aus der entsprechenden Qualitätsschiene der Verarbeiter, kalkuliert den vertraglich vereinbarten Milchpreis mit ein und verkauft dementsprechend höherpreisig an die Rewe-Gruppe. Von dem Mehrwert, der mit dem Produkt erzielt wird, profitieren die beteiligten Milcherzeuger, indem der Gewinn anteilig an sie ausgeschüttet wird.

**Lernen und beharrlich bleiben**

„Ein Problem im Milchmarkt ist immer wieder die fehlende Transparenz“,

betont Hannen. „Was ist die Ursache für schlechte Milchauszahlungspreise?

Alle schieben da die Verantwortung weiter. Die Verarbeiter weisen auf den Handel, der wiederum sagt, schaut doch mal, was dazwischen läuft.“ Bisher sind von den Verarbeitungsunternehmen keine Zahlen öffentlich. Sie sind zudem sehr unterschiedlich aufgestellt, haben verschiedene Absatzschienen und einen Mix an Verwertungen. Der Absatz über den LEH ist, wenn überhaupt, nur ein Teil. Die Drei-Parteien-Verträge bieten zumindest in diesem Bereich eine Lösungsmöglichkeit, wenn sie im Sinne der Erzeuger abgeschlossen werden können. Der verhandlungserfahrene

und europaweit vernetzte Milchbauer Elmar Hannen betont: „Wir brauchen gute Verträge. Die Preisanpassung ist dabei der Knackpunkt. Da müssen wir als Erzeuger genau hinschauen. Und alle Beteiligten brauchen den Willen, am Tisch sitzen zu bleiben und die Sache bis zum Ende durchzudiskutieren. In Frankreich waren zuerst alle Milcherzeuger euphorisch – jetzt haben sie dort verschiedene Erfahrungen gemacht und berichten über die negativen Seiten, über das, was schief laufen kann. Daraus wollten wir lernen.“

Erschienen in der Unabhängigen Bauernstimme, der Mitgliederzeitung der AbL.



**Biokontrollservice Österreich**  
[www.bios-kontrolle.at](http://www.bios-kontrolle.at)

AT-BIO-401



**Ihr BIO-Einstieg - fair, sicher & erfolgreich!**

Feyregg 39 • 4552 Wartberg/Krems  
Telefon: 07587/7178 • Fax: 07587/7178-11  
office@bios-kontrolle.at



Anzeige

# Trotz Gülle-Krise (!?) Lockerungen der Umweltauflagen?! Geht man so mit der Umwelt um?

In den Niederlanden spitzt sich die Gülle-Krise durch neue Umweltauflagen weiter zu, was zu einem dramatischen Anstieg der Abgabepreise für Gülle führt. Die alte niederländische Regierung hatte sich zum Ziel gesetzt, den Stickstoff- und Ammoniakausstoß bis 2030 um 50 % zu senken. Dazu gehörte der schrittweise Wegfall der sogenannten Derogation bis 2026, die es bislang ermöglichte, auf Grünland mehr als die regulären 170 kg Stickstoff pro Hektar auszubringen. Diese Reduktion bedeutete einen Verlust von 300.000 ha Güllefläche.

Gleichzeitig wurden sogenannte rote Gebiete – Regionen mit überhöhten Nitratwerten im Grundwasser – ausgeweitet. Ihr Anteil stieg auf 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, was zusätzlichen Druck auf die Nutztierhalter ausübte, da die erlaubte Stickstoffmenge in diesen Gebieten weiter sinkt. Diese Maßnahmen führen zu einem drastischen Nährstoffüberschuss, der bis 2026 auf rund 95 Millionen kg Stickstoff ansteigen könnte – eine Verfünfachung des derzeitigen Über-

schusses. Dies hat massive Auswirkungen auf den Güllemarkt. Während 2023 etwa 20 €/m<sup>3</sup> für die Abgabe von Gülle gezahlt werden mussten, könnten die Kosten in den nächsten Jahren auf 40 bis 50 €/m<sup>3</sup> steigen.

Da eben die Gülleflächen in den Niederlanden knapp werden, steigt der Druck, Gülle ins Ausland zu exportieren, insbesondere nach Deutschland. Bereits 2023 wurden 80.000 Lkw-Ladungen Gülle nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen transportiert, und es wird erwartet, dass diese Zahl noch weiter steigt. Eine langfristige Lösung könnte nur durch eine Reduzierung der Nutztierbestände in den Niederlanden erreicht werden, wie es die alte Regierung anstrebte.

## **Hoffentlich ist der Agrar-Rollback in den Niederlanden kein Vorbild für die EU**

BBB- BoerBurgerBewegung  
Wer ein Beispiel dafür sehen möchte, wie die künftige europäische Agrarpolitik aussehen könnte, sollte die Rah-

menvereinbarungen der neuen niederländischen rechts-konservativen Regierung betrachten. Nach sechsmonatigen Verhandlungen haben sich vier Parteien auf eine Koalition geeinigt, an der auch die sozial-konservative Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) beteiligt ist. Es wurden bereits drastische gesellschaftspolitische Änderungen angekündigt, darunter „strengste Asylpolitik“ und der Ausbau von Atomenergie und Erdgasförderung.

Im Landwirtschaftssektor soll ein umfassender Katalog, insbesondere zur Stickstoffproblematik, die Landwirtschaft stärken. Ein Kernpunkt ist die Abschaffung der bisherigen „restriktiven“ Politik und die Beendigung der Bemühungen, die Viehbestände zu reduzieren. Stattdessen sollen freiwillige Maßnahmen und betriebsindividuelle Lösungen im Vordergrund stehen. Besonders brisant: Die Ausnahmeregelung der EU-Nitratrichtlinie, die es den Niederlanden erlaubt, höhere Stickstoffwerte aus Gülle zuzulassen, soll verlängert werden – ein Vorhaben,



Die neue niederländische Regierung plant, Umweltvorgaben zu lockern, was auf den Druck der rechtspopulistischen Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) zurückzuführen ist. Diese Partei ist aus dem Widerstand gegen Umweltauflagen entstanden und Landwirte haben teils gewaltsam gegen solche Vorgaben protestiert.

Foto: dieter76 – stock.adobe.com



das auf Widerstand in Brüssel stoßen könnte. Die neue Regierung priorisiert Versorgungssicherheit vor Lebensmittelqualität und will den Agrarsektor von „unrealistischen“ Auflagen befreien. Währenddessen wird der Klimawandel als Problem für die Landwirtschaft weitgehend ignoriert und es wird auf freiwillige Maßnahmen gesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob die EU-Kommission diese nationalen Sonderwünsche akzeptiert. Die BBB und ihre Verbündeten hoffen auf eine rechts-konservative EU-Kommission, die weniger Klima- und Naturschutzauflagen durchsetzt.



Die BBB, die als parlamentarischer Arm der Bauernproteste gilt, hat sich in den Verhandlungen stark gemacht und sieht sich als Verteidiger der Landwirte gegen zu strikte EU-Vorgaben.

Foto: Wikipedia

### Analyse des Wahlerfolges

Für langjährige Kritiker des Agrarsektors sind die Bauernprotestbewegung und ihre Wahlerfolge kein „unerwarteter Ausbruch“, auch wenn die Dynamik erstaunt. Der emeritierte Professor Jan Douwe von der Ploeg analysiert sie als Ergebnis eines doppelten Widerspruchs. Im Agrarsektor wurde ein Unternehmensmodell gefördert mit dem „Versprechen des ständigen Wachstums und der fast unbegrenzten Expansion“. Die Modernisierung der Betriebe (groß, spezialisiert, verschuldet) mit hohem Einsatz von externem Input und fossiler Energie erweise sich nun als anfällig und verwundbar. Dieses Modell sei in die Kritik der Gesellschaft und in Konflikt mit der Natur geraten. In Holland sei die Stickstoffkrise ein Ausdruck davon, in anderen EU-Ländern der Agrardiesel oder das Wasserproblem oder der Preisdruck. Der Agrarkomplex stilisiere sich dabei gern als Opfer. Der europaweite Frust der Bauern richtet sich auf die EU-Kommission, deren „Lösungsansätze“ technokratisch, bürokratisch und praxisfeindlich daher kommen und ungerecht erscheinen. Für Jan Douwe könnte der Erfolg der Protestwelle und des Bauernverbandes ein Pyrrhussieg sein, der sich nur vorübergehend positiv anfühle. Klimawandel, Artensterben, Wasser- und Gülleprobleme sind ja keine Erfindung von Bauernfeinden und werden sich nicht durch Leugnung oder „Kleinreden“ verflüchtigen. Es wird sich nun zeigen müssen, ob sich der holländische Agrarsektor notwendigen Begrenzungen unterwirft oder seine eigenen Regeln aufstellt. Oder ob eine neue „rechtslastige“ Kommission die GAP-Ziele den nationalen Forderungen und Egoisten überlässt. Dann steht die gemeinsame Agrarpolitik vor dem Ende. EG



RZ 210  
**AMAROLA**

RZ ~260  
**CABALIO** (KXC2311)



RZ 270  
**KWS ROBERTINO**

RZ ~290  
**KWS MONUMENTO**

RZ ~290  
**ATLETICO**

Detaillierte Ernteergebnisse  
auf [www.kwsaustria.at](http://www.kwsaustria.at)

Anzeige





Foto: Thomas Mucha – stock.adobe.com

## Psychische Überbelastung in der Landwirtschaft nach wie vor allgegenwärtig

Unter dem Motto „**Hand in Hand für seelische Gesundheit am Arbeitsplatz**“ fand in Deutschland eine zehntägige Aktionswoche mit bundesweit über 800(!) Veranstaltungen statt. Um bei der Arbeit nicht nur körperlich, sondern auch seelisch gesund zu bleiben.

Nicht nur körperlich, sondern auch geistig ausgelaugt. Erschöpft und mit den eigenen Problemen isoliert. Lösungen, um die Energiereserven dafür wieder aufzufüllen, das thematisierte die Woche der seelischen Gesundheit.

### **Umfrage: Psychische Gesundheit im landwirtschaftlichen Beruf**

Die Donau-Universität Krems und die Sigmund Freud Privat Universität Wien führen eine Umfrage durch, um die psychische Gesundheit von Bäuerinnen und Bauern in Österreich zu untersuchen. Ziel ist es, herauszufinden, wie sehr Landwirt:innen durch hohe Arbeitsbelastung, gesellschaftlichen Druck und finanzielle Sorgen psychisch belastet sind. Internationale Studien zeigen, dass Landwirte im Vergleich zu anderen Berufsgruppen häufiger an Depressionen und Burn-out leiden. Doch in Österreich gibt es bislang keine umfassenden wissenschaftlichen Daten zu dieser Problematik.

Landwirt:innen sind mit spezifischen Belastungen konfrontiert, darunter finanzielle Unsicherheit, soziale Isolation und ein intensives Arbeitspensum. Die österreichische Landwirtschaft zeichnet sich durch familiäre Betriebe und eine hohe ökologische Ausrichtung aus, oft in Kombination mit Nebenerwerb. Diese Struktur könnte besondere Herausforderungen mit sich bringen, die bisher nicht ausreichend untersucht wurden.

Ein weiteres Problem ist, dass in ländlichen Regionen der Zugang zu psychologischen Hilfsangeboten oft eingeschränkt ist und die Hemmschwelle, Unterstützung in Anspruch zu nehmen, hoch ist. Die Studie soll dabei helfen, psychosoziale Versorgungsangebote zu verbessern und gezielte Präventionsmaßnahmen zu entwickeln.

Die Umfrage wird online durchgeführt und die Teilnahme erfolgt anonym. EG

### **Hier der Link zum Teilnehmen an der Studie:**

[https://uwk-krems.limesurvey.net/447693?lang=-de&fbclid=IwY2xjawF7Ak5leHRuA2F1bQIxMAAB-HXdtjfN3UzVDbwOdABo9b8\\_dXjZYdAZAcUmyLa\\_hbjedg-GzHOvvYFgrLLQ\\_aem\\_l3QC9gX7JdHEH9Mg2HNP5A](https://uwk-krems.limesurvey.net/447693?lang=-de&fbclid=IwY2xjawF7Ak5leHRuA2F1bQIxMAAB-HXdtjfN3UzVDbwOdABo9b8_dXjZYdAZAcUmyLa_hbjedg-GzHOvvYFgrLLQ_aem_l3QC9gX7JdHEH9Mg2HNP5A)

# Wann hört dieser Wahnsinn endlich auf?

Der Fall von Tiertransporten in Drittländer, insbesondere in die Türkei, erregte im Oktober 2024 großes Aufsehen, als zwei deutsche Rindertransporter mit 69 trächtigen Rindern an der türkischen Grenze wochenlang festgehalten wurden und die Tiere qualvoll verendeten. Der Transport startete Mitte September 2024 in Brandenburg, wobei die Rinder aus verschiedenen deutschen Bundesländern, darunter Sachsen-Anhalt und Sachsen, kamen. Trotz vollständiger Papiere, die auch tierärztliche Bescheinigungen enthielten, begannen die Probleme aufgrund eines behördlichen Fehlers, der die Tiere in eine ausweglose Situation brachte.

Hintergrund war, dass in Brandenburg seit August 2024 die Blauzungenkrankheit ausgebrochen war. Diese Viruserkrankung betrifft Wiederkäuer und führt zu Seuchenschutzmaßnahmen, die auch die Ausfuhr von Tieren betreffen. Obwohl die Veterinärbehörde des brandenburgischen Landkreises Elbe-Elster kein Problem sah, wurde die Gefahr übersehen, dass die Türkei die Einfuhr von Tieren aus einem Seuchengebiet strikt verbietet. Zwei Tage nach der Abfahrt kam der Transport an der türkischen Grenze an, wo die Rinder wegen des Seuchenschutzes nicht in die Türkei einreisen durften. Da die Tiere bereits den türkischen Zoll passiert hatten, war auch eine Rückkehr nach Deutschland ausgeschlossen. Damit steckten die Rinder in einem rechtlichen und logistischen Niemandsland fest, das den Beginn eines schrecklichen Leidenswegs markierte.

Zunächst mussten die Tiere auf den Transportern bleiben, da die strengen EU-Einfuhrregeln eine Rückkehr verhinderten. Später wurden sie in einen Stall in Grenznähe gebracht, doch nur

für kurze Zeit. Anfang Oktober wurden sie wieder auf die Transporter verladen, obwohl ihre Reise schon länger als zwei Wochen andauerte. Die Zustände waren katastrophal: Die ersten Rinder verendeten, einige brachten sogar Kälber während der Fahrt auf den Transportern zur Welt. Trotz der Bemühungen von Tierschützern und Appellen an die zuständigen Behörden kam es zu keiner Lösung. Die Situation blieb festgefahren und die Tiere litten weiterhin.

Am Ende der quälenden vier Wochen wurde schließlich doch eine Einreisegenehmigung für die verbleibenden Tiere erteilt. Doch das bedeutete nicht ihre Rettung, sondern lediglich ihren Transport in einen Schlachthof in Edirne, nahe der türkischen Grenze, wo die überlebenden Tiere geschlachtet wurden.

Dieser Vorfall warf erneut ein düsteres Licht auf die Praxis von Tiertransporten in Drittländer. Der Vorfall führte zu einem Aufschrei in der Öffentlichkeit und bei Tierschützern. Der deutsche Landwirtschaftsminister Cem Özde-

mir zeigte sich schockiert und forderte eine gründliche Untersuchung des Falls. Insbesondere müsse geklärt werden, wie es zu dieser fatalen Fehleinschätzung durch die brandenburgischen Behörden kommen konnte. Özdemir betonte, dass sich ein derartiges Szenario nicht wiederholen dürfe. Er verwies auch auf die bestehenden Aufforderungen, keine lebenden Rinder mehr in die Türkei zu transportieren, die bereits im April 2024 von den zuständigen Stellen an die Landkreise gegeben wurden.

Der Vorfall unterstreicht die ungelösten Probleme im Zusammenhang mit Tiertransporten in Drittländer, insbesondere in Bezug auf den Tierschutz und die oft komplizierten und restriktiven Einfuhrbestimmungen. Während sich die EU-Mitgliedstaaten immer wieder uneinig zeigen, wie mit solchen Transporten umzugehen ist, wächst der Druck von Tierschutzorganisationen, die Praxis gänzlich zu überdenken und strengere Regelungen oder sogar Verbote für Transporte lebender Tiere in Drittländer durchzusetzen. **EG**



Foto: Thomas Mucha – stock.adobe.com



# Was alles möglich ist!

Aus dem Schweizer Bauer



Dr. Sarath Ranaweera gründete Bio Foods Ltd 1993. Die Firma lebt vom Export hochwertiger, biologisch produzierter Lebensmittel: Im Hochland von Sri Lanka gewachsener Grün- und Schwarztee, Pfeffer, Zimt, Kardamom, Kokosnuss.

Foto: Bio Foods Ltd

Susanne Sigrist ist freie Mitarbeiterin beim Schweizer Bauer. Sie lebt derzeit in Sri Lanka und berichtet regelmäßig über die Landwirtschaft aus dem Inselstaat. Ein Artikel über Bio Foods Ltd in Sri Lanka beschreibt die beeindruckende Erfolgsgeschichte des Unternehmens und seines Gründers, Dr. Sarath Ranaweera.

## Hier sind die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

- **Gründung und Wachstum:** Bio Foods Ltd wurde 1993 gegründet und hat mittlerweile **10.000 Bauern als Vertragspartner**. Diese Bauern sind in unabhängigen Verbänden organisiert, was das Unternehmen zu einem sozial verantwortlichen und umweltfreundlichen Modell macht.
- **Mindestpreisgarantie:** Dr. Ranaweera zahlt den Bauern einen Mindestpreis für ihre Produkte, was ihnen ein stabiles Einkommen sichert und sie motiviert, mit dem Unternehmen zusammenzuarbeiten.
- **Zertifizierung und Qualität:** Es gibt Herausforderungen bei der Zertifizierung, da viele Bauern die hohen Kosten nicht tragen können. Bio Foods Ltd hat auch eine Organisation (MOPA) gegründet, die die Qualität der Produkte überwacht und sicherstellt, dass keine konventionellen Produkte ins System gelangen.

- **Persönliche Motivation:** Der Anstoß zur Gründung des Unternehmens kam aus einem persönlichen Erlebnis, als Dr. Ranaweera 1983 ein mit Chemikalien kontaminiertes Getränk konsumierte, was ihn dazu brachte, sich für gesunde Lebensmittelproduktion zu interessieren.
- **Auszeichnungen und Anerkennung:** Bio Foods Ltd hat zahlreiche Preise erhalten, darunter den „Fairest Fairtrader of the World“ und den „Presidential Export Excellence Award“ in Sri Lanka, was die internationale und nationale Anerkennung des Unternehmens unterstreicht.
- **Philosophie der Landwirtschaft:** Dr. Ranaweera betont, dass „Bio“ mehr bedeutet als den Verzicht auf Chemikalien; es geht um soziale Verantwortung, Umweltfreundlichkeit und kulturelle Nachhaltigkeit. Er sieht den Dialog mit der Natur als verloren an und setzt sich aktiv für die Verwendung organischer Dünger ein.
- **Zukünftige Herausforderungen:** Er macht sich Sorgen über die Emissionen von Stickstoffdüngemitteln (N<sub>2</sub>O) und deren Auswirkungen auf die Umwelt. Dr. Ranaweera hat Ideen entwickelt, um diese Probleme anzugehen und hofft, dass zukünftige Generationen diese weiterverfolgen.

Der Artikel zeigt eindrucksvoll, wie Bio Foods Ltd nicht nur wirtschaftlichen Erfolg erzielt, sondern auch positive soziale und ökologische Auswirkungen in Sri Lanka hat. Die Idee, den Bauern einen Mindestpreis zu garantieren, ist besonders wichtig, um ihre Existenzgrundlage zu sichern, vor allem in einem Markt, der oft von Preisschwankungen geprägt ist. Sein Ansatz zur Förderung nachhaltiger Landwirtschaft, einschließlich der Bereitstellung von organischem Dünger und der Betonung der sozialen und ökologischen Verantwortung, ist ein gutes Beispiel dafür, wie Unternehmen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ethisch und ökologisch handeln können. Die zahlreichen Auszeichnungen, die er für seine Arbeit erhalten hat, zeigen, dass solch ein Modell auch international anerkannt wird. EG

<https://biofoods.co.ke/>

## Der ganze Artikel ist zu lesen:

<https://www.schweizerbauer.ch/land-leute/menschen/fuer-ihn-produzieren-10000-bauern>



# Blickpunkt „Ewigkeits-Chemikalie“

Bio bedeutet mehr als den Verzicht auf Chemikalien; es geht um soziale Verantwortung, Umweltfreundlichkeit und kulturelle Nachhaltigkeit.



## Dringende Forderung von Umweltschützern,

die sich auf ein Rechtsgutachten stützt, das besagt, dass jedem achten in Österreich zugelassenen Pflanzenschutzmittel aufgrund gesundheitlicher und umweltschädlicher Nebenwirkungen die Zulassung entzogen werden sollte.

## Die zentralen Punkte zusammengefasst:

■ Hintergrund der Forderung: Umweltschützer von Global 2000 haben festgestellt, dass der Einsatz von Pestiziden maßgeblich zur Verunreinigung von Trink-, Grund- und Flusswasser mit der Chemikalie Trifluoracetat (TFA) beiträgt. TFA ist ein Abbauprodukt von per- und

polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS), die in Pflanzenschutzmitteln verwendet werden.

■ Umweltschädlichkeit von TFA: TFA gilt als „Ewigkeits-Chemikalie“, da sie sich in der Umwelt anreichert und sehr beständig ist. Der Chemiker Helmut Burtscher-Schaden wies darauf hin, dass durch den Einsatz von Pestiziden in Österreich mehr als 41.000 Kilogramm TFA freigesetzt würden.

■ Gesundheitsrisiken: Die Chemikalie wurde in Leitungs-, Mineral- und Grundwasser sowie in Flüssen gefunden. Bayer hat die EU darüber informiert, dass TFA bei Tieren schwere Missbildungen bei Föten

verursacht und beantragte die Einstufung der Substanz als „vermutlich reproduktionstoxisch“ für Menschen.

■ Rechtsgutachten und rechtliche Grundlagen: Laut dem Juristen Peter Hilpold von der Universität Innsbruck ist die bestehende Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, die TFA freisetzen, angesichts neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Frage zu stellen. Die EU-Pflanzenschutzmittelverordnung verlangt eine Neubewertung der Zulassungen, wenn gesundheitliche Risiken oder eine Belastung des Grundwassers nachgewiesen werden.

■ Forderung an die Politik: Global 2000 fordert Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig auf, die Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln mit PFAS-Wirkstoffen umgehend aufzuheben, um den gesetzlichen Vorgaben nachzukommen und die Gesundheit von Mensch und Umwelt zu schützen.

Diese Forderungen verdeutlichen die besorgniserregenden Auswirkungen von Pestiziden auf die Umwelt und die Gesundheit sowie die Notwendigkeit, rechtzeitig zu handeln, um mögliche Gefahren zu minimieren. EG

**AGRODirect**  
prompt - preiswert - zuverlässig

jetzt online  
bestellen -  
einfach und  
direkt!

office@agrodirect.at  
Tel.: +43 676 84 23 56 600

www.agrodirect.at





Die Studie der Deutschen Bischofskonferenz ruft zu einem weltweiten, völligen Umschwenken bei der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen auf. Basis dieser Forderung ist die Betrachtung von Böden als Gemeingut. Staat und Kirche sollen ihre Rolle als Grundbesitzer nutzen und Pächtern klare Vorgaben für umweltfreundliche Praktiken machen. Bauern wollen deswegen aus der Kirche austreten.

Foto: Wanlop – stock.adobe.com

## Die aktuelle Studie der katholischen Kirche zur Agrarreform macht die Landwirte wütend

Im Vorfeld der kommenden Agrarreform hat eine Expertenkommission der Deutschen Bischofskonferenz die Studie „Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung“ vorgestellt. Sie hält die aktuelle EU-Förderpolitik für „falsch“.

Die Studie zur Agrarreform plädiert für einen globalen Wandel in der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, basierend auf der Betrachtung von Böden als Gemeingut. Dabei sollen staatliche und kirchliche Grundbesitzer eine Vorbildfunktion einnehmen, indem sie Pächtern umweltfreundliche Vorgaben machen. Die Vorschläge zielen auf eine gemeinwohlorientierte Landnutzung, die Ernährungssicherheit, Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität in Einklang bringen soll. Die Expertenkommission fordert unter anderem die Bepreisung von Umweltbelastungen wie Nitrat- und Pflanzenschutzmitteleinträgen sowie die Einführung einer Tierwohlabgabe. Auch die Konzentration der Nutztierhaltung müsse verringert werden, und großflächige Renaturierungsprojekte, etwa von Auen und Mooren, seien notwendig. In einigen Fällen solle das Prinzip der Freiwilligkeit von Landbesitzern hinterfragt werden. Grundsätzlich spricht sich die Studie aber für Positivanreize wie Honorieren von Maßnahmen beim Wasserschutz, zur Förderung der Biodiversität und zu CO<sub>2</sub>-Bindung in Böden aus. Handelbare Zertifikate könnten die Flexibilität weiter erhöhen. Um gemeinwohlorientierte Ordnungspolitik und sozialen Ausgleich zu ermöglichen, sind staatliche Institutionen nötig. Dazu gehören nach der Studie unter anderem eine CO<sub>2</sub>-Zentralbank und ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich beim Handel mit Drittstaaten. Auch sei der EU-Zertifikationshandel auf den Agrar- und Nahrungsmittelsektor auszuweiten. Für nötig halten die Sachverständigen, die marktbeherrschende Stellung einzelner Akteure im Lebensmittelhandel zu bekämpfen.

### **Bauern reagieren mit Reflex an Kritik und drohen mit Kirchenaustritt**

Der Vorwurf, dass Landwirte oft reflexartig auf Kritik mit Ablehnung reagieren, ist eine häufig geäußerte Beobachtung. In der Debatte um Agrarreformen, wie sie in der kirchlichen Studie vorgeschlagen werden, fühlen sich viele Bauern in ihrer Existenz bedroht und sehen die Kritik oft als pauschal und ungerechtfertigt an. Dabei wäre es klüger, zunächst zu prüfen, ob die Kritik berechtigt ist und ob sie konstruktive Ansätze bietet. Viele Landwirte empfinden jedoch die öffentliche Diskussion, gerade wenn sie von außen kommt, als einseitig und nicht im Einklang mit der Realität ihrer täglichen Arbeit.

Dies verstärkt oft die ablehnende Haltung. Die Kirche gerät hier in die Kritik, da vermutet wird, dass ihre Vorschläge eher auf den Wunsch abzielen, sich in städtischen Milieus als umweltbewusste Institution zu präsentieren. Die wütende Reaktion der Landwirte ist (nicht wirklich) nachvollziehbar, da sie sich durch diese Forderungen in ihrer Existenz bedroht sehen, obwohl die Bischöfe sich eher auf gesellschaftspolitische und ethische Argumente stützen.

Die Studie schlägt außerdem vor, dass die Gewinne und Kosten der angestrebten Reformen gerecht verteilt werden sollten. Für einkommensschwache Verbraucher werden Ökopremien vorgeschlagen, während Landwirte durch Transformationsprämien unterstützt werden sollen. Auch die Rolle der Kirche wird betont: Sie soll nicht nur ihre Flächen nachhaltig bewirtschaften, sondern auch bei der Beschaffung von Lebensmitteln in kirchlichen Einrichtungen auf ökologische Nachhaltigkeit achten.

EG

# Streit zwischen Diözese Eisenstadt und Bauern

Im Burgenland gibt es derzeit einen intensiven Streit zwischen der Diözese Eisenstadt und den örtlichen Bauern, der sich um die Neuvergabe der Pfarrpfründe – also der Pacht von kirchlichen Äckern und Feldern – dreht.

## Hintergrund des Streits

Die Diözese hat nach Jahrzehnten die Pacht ihrer landwirtschaftlichen Flächen neu ausgeschrieben, was bei den Bauern für große Unzufriedenheit ge-

sorgt hat. Viele von ihnen empfinden die neu festgelegten Pachtpreise als unerschwinglich, da diese bis zu doppelt so hoch wie bisher ausfallen können. Die Preise variieren je nach Bodenqualität zwischen 100 und 1.000 Euro pro Hektar.

## Demonstration der Bauern

Am 13. August 2024 demonstrierten die Bauern vor dem Bischofshof in Eisenstadt und übergaben eine Unterschriftenliste. Sie drohen damit, ihre Kirchensteuerzahlungen einzustellen, falls die Neuvergabe der Pachtverträge nicht überarbeitet wird. Sie befürchten zudem, dass auch andere Verpächter im Land ihre Pachtpreise erhöhen könnten, wenn die Kirche diese Maßstäbe setzt.

## Argumentation der Diözese

Die Diözese argumentiert, dass die Neuvergabe fair verlaufen sei. Die Pachtpreise seien lange unverändert geblieben, obwohl bekannt gewesen

sei, dass die Pfarrpfründe die günstigsten Flächen im Land waren. Es gab insgesamt 5.000 Angebote von 1.600 Landwirten, und etwa 60 Prozent der Flächen gingen an die bisherigen Pächter. Die Diözese betont, dass auch neue Pächter aus der Region Burgenland stammen. Trotz der Proteste hält die Diözese an den neuen Pachtverträgen fest, die bereits verschickt wurden.

Die Bauern geben jedoch nicht auf und hoffen weiterhin auf eine Lösung. Das Pachtgeld wird zur Pensionssicherung der 54 Priester im Burgenland verwendet, genaue Einnahmezahlen werden jedoch von der Diözese nicht offengelegt.

Dieser Konflikt verdeutlicht die Spannungen zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Kirche und den Herausforderungen, mit denen Landwirte im Burgenland aufgrund steigender Kosten konfrontiert sind. **EG**



Foto: Wikipedia

Die Bischofskirche der Diözese ist pikanterweise der Dom zum hl. Martin.

# Lebensmitteleinzelhandel und Gastronomie haben nicht wirklich Appetit auf Regionalität

Die Importe von Lebensmitteln nach Österreich wuchsen im Wert im ersten Halbjahr 2024 um fast 12 % auf 4,5 Milliarden Euro. Ein Grund für mehr Importe ist ein wachsender Anteil an Eigenmarken im Lebensmitteleinzelhandel (LEH), die die österreichischen Hersteller verdrängen. Dazu kommt ein steigender Aktionsanteil von bis zu 40 % im LEH (vor allem Getränke).

Das alles steht im Widerspruch zu vielen Umfragen (in denen die Konsumenten gebetsmühlenartig erklären, dass sie regionale Lebensmittel bevorzugen) und den Appellen der Politik nach mehr Patriotismus in der Ernährung.

Darum braucht's dringender denn je eine durchgängige Lebens- und Futtermittelkennzeichnung!

## Wir fordern das nun schon 20 Jahre!

Darum unterschreibt auch bitte die Petition vom Welthaus Graz:

<https://graz.welthaus.at/weltweit-aktiv/alianza/petition/#petition-unterschreiben>

**EG**



# Petition: Weil's ned wurst is, wo mei Essen herkommt!



Foto: Screenshot Homepage Welthaus Graz

**Welthaus Graz fordert eine verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für Fleisch, Milch und Eier in der Gastronomie!**

**Unterstütze uns mit deiner Unterschrift!**

- Weil du auch im Gasthaus bewusst entscheiden möchtest, was auf deinen Teller kommt.
- Weil der Konsum regionaler Produkte unsere Bauern und Bäuerinnen stärkt.
- Weil eine nachhaltige Produktion nicht nur entscheidend für unser Klima ist, sondern auch weltweit die Menschenrechte schützt.

Für eine verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für Fleisch, Milch und Eier in der Gastronomie!

**Hier der Link zum Unterzeichnen:**

<https://graz.welthaus.at/weltweit-aktiv/alianza/petition/#petition-unterzeichnen>

Quelle: **Welthaus Graz**

	WIE STEHEN UNSERE PARTEIEN ZU DEN BRENNENDEN THEMEN IN DER LANDWIRTSCHAFT? WELTHAUS HAT NACHGEFRAGT!									
	OVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS	KPÖ	BIER	Liste Madeleine Petrovic	KEINE	
<b>Wie will Ihre Partei dafür sorgen, dass es mehr Nachwuchskräfte in der Landwirtschaft gibt?</b>	Die ÖVP setzt diesbezüglich auf den <b>Ausbau des land- und forstwirtschaftlichen Bildungssystems</b> (Erhöhung der FH-Studiolenplätze und Etablierung von Masterstudiengängen im Bereich Land- und Forstwirtschaft).	Der SPÖ ist es wichtig, dass die <b>landwirtschaftlichen Schulen und Bildungssysteme</b> gute Angebote bieten.	Die FPÖ gibt <b>keine spezifische Antwort</b> auf diese Frage.	Die GRÜNEN setzen auf staatl. <b>Förderungsmaßnahmen für Quereinsteiger:innen</b> .	Die NEOS geben <b>keine spezifische Antwort</b> auf diese Frage.	Die KPÖ gibt <b>keine spezifische Antwort</b> auf diese Frage.	Die Bierpartei hat <b>keine Rückmeldung</b> auf diese Frage gegeben.	Liste Madeleine Petrovic gibt <b>keine spezifische Antwort</b> auf diese Frage.	Die Partei KEINE fordert eine finanzielle Förderung von <b>Quereinsteiger:innen</b> und eine <b>Neustaffelung der Jungunternehmer:innen-Förderung</b> zugunsten kleinerer Betriebe.	
<b>Was plant Ihre Partei, um das Wissen der Gesellschaft über Ernährung und Landwirtschaft zu erhöhen?</b>	Der Ansatz der ÖVP in dieser Hinsicht, ist die <b>Verankerung von Ernährungs- und landwirtschaftlichen Themen in den Pflichtschulen</b> . Hier setzt sie auf eine Harmonisierung von Lehrinhalten. Konkrete Umsetzungsvorschläge diesbezüglich werden nicht näher ausgeführt.	Die SPÖ gibt <b>keine spezifische Antwort</b> auf diese Frage.	Die FPÖ gibt <b>keine spezifische Antwort</b> auf diese Frage.	Die GRÜNEN unterstützen <b>Bildungsmaßnahmen zu landwirtschaftlichen Themen</b> und den <b>Einbezug externer Expert:innen</b> in den Unterricht. Darüber hinaus ist ihnen auch eine finanzielle Förderung der <b>Direktvermarktung</b> wichtig, da diese den direkten Kontakt von Produzent:innen und Konsument:innen ermöglicht.	Die NEOS sprechen sich für eine <b>Verankerung der Themen Ernährung und Landwirtschaft in den Schulen</b> und die aktive <b>Einbeziehung von Landwirt:innen</b> bei Bildungsmaßnahmen aus.	Die KPÖ fordert <b>Bildungsmaßnahmen</b> , ohne diese näher auszuführen.	Die Bierpartei hat <b>keine Rückmeldung</b> auf diese Frage gegeben.	Um das Wissen in die Gesellschaft zu tragen, fordert Liste Madeleine Petrovic den <b>Einbezug staatlicher Medien</b> , die Vermittlung von <b>Ernährungs- und Landwirtschaftsthemen</b> in der Schule, die <b>Förderung von Schule-am-Bauernhof-Programmen</b> und die Förderung der <b>Direktvermarktung</b> .	Die Partei KEINE setzt sich für eine <b>Verankerung von Ernährungs- und Nachhaltigkeitsthemen ab dem Kindergartenalter</b> ein. Außerdem befragt sie den <b>Einbezug externer Expert:innen</b> in den Unterricht und die <b>finanzielle Förderung der Vermarktung regionaler Produkte</b> auf Gemeindeebene.	
<b>Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die Bodenversiegelung effektiv gebremst wird und ausreichend fruchtbare Böden für die landwirtschaftliche Produktion erhalten bleiben?</b>	Die ÖVP setzt diesbezüglich auf die <b>Umsetzung der "Bodenstrategie für Österreich"</b> und sieht keinen ergänzenden Handlungsbedarf.	Die SPÖ fordert eine <b>bundesweite Bodenschutzstrategie</b> , die die <b>Wiederbelebung der Ortskerne</b> , Instrumente der <b>Baumbodennutzung</b> und Vorgaben für die <b>Entsiegelung von Gewerbe- und Industriebrachen</b> enthält.	Die FPÖ begrüßt <b>Ziele, Anreize und Förderprogramme</b> gegen den <b>Bodenverbrauch</b> und die <b>Zersiedelung</b> . Konkrete Vorschläge dazu werden nicht genannt.	Die GRÜNEN treten für eine <b>österreichweite Bodenschutzstrategie</b> mit einem verbindlichen <b>2,5 ha-Bodenverbrauchsziel bis 2030</b> ein. Darüber hinaus fordern sie <b>fixe Siedlungsgrenzen</b> und die <b>Nachverdichtung bestehender Siedlungsgebiete</b> .	Laut NEOS braucht es ein <b>bundesweites Rahmengesetz</b> für die <b>Raumordnung</b> . Als Zielvorgabe für Österreich bekennen sie sich zu einer <b>verbindlichen Reduktion des täglichen Flächenverbrauchs auf 2,5 ha / Tag bis 2030</b> .	Die KPÖ fordert eine <b>Klare und gesetzlich bindende Obergrenze für den Flächenverbrauch</b> und setzt sich für eine <b>überregionale Flächenplanung</b> ein. Laut KPÖ können die <b>Überbauung von Supermärkten, sowie eine Erhaltungs- und Erneuerungspflicht für Wohnbauten</b> einen Beitrag leisten.	Die Bierpartei hat <b>keine Rückmeldung</b> auf diese Frage gegeben.	Liste Madeleine Petrovic setzt sich in diesem Zusammenhang auf <b>Maßnahmen zur Einkommenssteigerung von Landwirt:innen</b> , um den finanziellen Anreiz des Verkaufs von landwirtschaftlichen Flächen entgegenzuwirken.	Die Partei KEINE fordert die <b>Flächenwidmungskompetenz auf Landesebene</b> , eine <b>Strategieentwicklung zur Einhaltung von Obergrenzen</b> , sowie eine <b>Leerstandsabgabe</b> .	
<b>Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Konsument:innen mehr Transparenz über Herkunft und Haltungsverhalten von tierischen Produkten erhalten?</b>	Die ÖVP möchte in diesem Zusammenhang das <b>AMA-Gütesiegelprogramm weiterentwickeln</b> .	Die SPÖ setzt sich für eine <b>Tierhaltungskennzeichnung</b> ein.	Die FPÖ fordert eine <b>Herkunftskennzeichnung</b> und spricht sich für eine <b>freiwillige Haltungskennzeichnung</b> aus.	Die GRÜNEN setzen sich diesbezüglich für eine <b>Herkunfts- und Haltungskennzeichnung</b> sowohl in der <b>Gastronomie</b> als auch im <b>Handel</b> ein. Weiters soll diese <b>Kennzeichnung auch auf EU-Ebene</b> verankert werden.	Die NEOS sprechen sich für eine <b>Haltungskennzeichnung</b> aus.	Die KPÖ sieht die <b>Kennzeichnungspflicht von Herkunft und Haltung</b> in der <b>Gastronomie</b> und in <b>Supermärkten</b> als notwendig.	Die Bierpartei hat <b>keine Rückmeldung</b> auf diese Frage gegeben.	Liste Madeleine Petrovic ist für eine <b>freiwillige Herkunftskennzeichnung</b> in der <b>Gastronomie</b> und möchte keine weitere Reglementierung.	Die Partei KEINE setzt sich für eine <b>verbindliche Herkunftskennzeichnung</b> für tierische Produkte in der <b>Gastronomie</b> ein.	
<b>Was plant Ihre Partei, um das Machtgefälle zwischen Supermärkten und Landwirt:innen zu verringern und die Wertschätzung von Lebensmitteln zu erhöhen?</b>	Außer dem Verweis auf das vom Landwirtschaftsministerium eingerichtete <b>"Fairnessbüro"</b> , bringt die ÖVP keine weiteren Vorschläge.	Um das Machtgefälle zu verringern, setzt die SPÖ auf die <b>Anwendung und Verbesserung des Wettbewerbsrechts</b> .	Die FPÖ will mit der <b>Herkunftskennzeichnung dem Preisdumping entgegenwirken</b> . Außerdem spricht sie sich für ein <b>Verbot unlauterer Handelspraktiken</b> aus.	Die GRÜNEN setzen sich für eine <b>Verschärfung der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken</b> bzw. deren Umsetzung in Österreich ein. Außerdem soll es <b>lauf Auffassung der GRÜNEN Rabattaktionen auf Fleisch</b> nur noch bei <b>nahendem Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums</b> geben.	Die NEOS wollen das <b>Wettbewerbsrecht reformieren</b> . Es braucht <b>klare Regeln</b> und <b>erweiterte Befugnisse für die Wettbewerbsbehörde</b> .	Um das Machtgefälle zu reduzieren, sollen die <b>Preise von Grundnahemerkmalen</b> laut der <b>KPÖ gesetzlich reguliert</b> werden.	Die Bierpartei hat <b>keine Rückmeldung</b> auf diese Frage gegeben.	Liste Madeleine Petrovic gibt <b>keine spezifische Antwort</b> auf diese Frage.	Die Partei KEINE fordert <b>Mindestpreise</b> und ein <b>Verbot der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln</b> , die den <b>österreichischen Arbeits- Sozial und Umweltschutzstandards</b> nicht entsprechen.	
<b>Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass internationale Abkommen keine schädlichen Auswirkungen auf Ökosysteme und bäuerliche Betriebe mit sich bringen?</b>	Die ÖVP setzt auf <b>Handelsabkommen, die die österreichische Landwirtschaft nicht gefährden</b> . Auf globale Zusammenhänge und Auswirkungen von Handelsabkommen wird nicht eingegangen.	In Bezug auf internationale Abkommen fordert die SPÖ ein <b>Sanktionssystem</b> . <b>Arbeitnehmer:innen-Rechte</b> sowie <b>Umwelt- und Sozialstandards</b> müssen eingehalten werden.	Die FPÖ fordert <b>transparente Verhandlungen</b> . Diese dürfen nicht zum <b>Nachteil heimischer landwirtschaftlicher Familienbetriebe</b> sein und zu <b>keiner Absenkung von österreichischen Lebensmitteln-, Umwelt- und Sozialstandards</b> führen.	Die GRÜNEN fordern einen <b>Verhandlungstopp des MERCOSUR-Abkommens</b> . Außerdem müssen <b>Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte</b> in allen zukünftigen internationalen Handelsabkommen <b>aufgenommen und einklagbar</b> werden.	Die NEOS setzen sich dafür ein, dass internationale Abkommen <b>ökologische und soziale Standards berücksichtigen</b> , <b>transparent</b> sind und <b>effektive Schlichtungsverfahren</b> beinhalten.	Die KPÖ fordert einen <b>Stopp aller stattfindenden Verhandlungen</b> für Handels- und Investitionsabkommen. Des Weiteren tritt sie für <b>faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung</b> sowie <b>ökologisch nachhaltige Produktion</b> entlang der Lieferketten ein.	Die Bierpartei hat <b>keine Rückmeldung</b> auf diese Frage gegeben.	Liste Madeleine Petrovic setzt sich dafür ein, dass internationale Handelsabkommen <b>fair sind und der lokalen (Land)Wirtschaft nicht schaden</b> .	Die Partei KEINE möchte bei internationalen Handelsabkommen die <b>Mitsprache von Bäuerinnen und Bauern (v. a. aus dem globalen Süden)</b> . Grundsätzlich müssen internationale Handelsabkommen auf <b>ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen</b> hinterfragt werden.	

Die vollständigen Antworten können unter [graz.welthaus.at/parteiantworten](https://graz.welthaus.at/parteiantworten) eingesehen werden.

Hier noch einmal der Wahlcheck. Einfach, weil er interessant ist und zur Überprüfung, ob nach der Wahl auch dasselbe gilt wie vor der Wahl.

<https://graz.welthaus.at/news/parteiantworten/>